Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat August 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Sonnabend, den 23. August 1924 | 4. Jahrgang • Nr. 146

Kommunistischer Protest in Berlin und Paris!

Die Reichstagssitzung gesprengt

Präsident Wallraf provoziert — Amnestie, Amnestie — Kommunisten fordern Auflösung und Volksentscheid

(Eigener Bericht)

Berlin, 23. August.

Die ganze Welt sehe auf diesen Reichstag, auf diese Stunde, auf diese Sitzung — so hörten wir in der gestrigen Reichstagssitzung auf den Tribünen den empörten, gehässigen Ruf eines Kleinbürgers, und so werden wir es heute in den erbosten Zeitungen der sozialdemokratischen Kleinbürger hören. Jawohl: Die ganze Welt der — Börsenwölfe, Finanzkönige und Imperialisten schaut auf diesen Reichstag, der den letzten Strich unter die Urkunde des großen Raubplans setzen soll.

Die gehorsamen Agenten der Macdonald-Imperialisten wollen im Reichstag schnell noch den letzten Pflock einschlagen in das Fleisch des deutschen Volkes. Es soll ihnen nicht leicht fallen! Im Parlament selbst, in dem seit London die Bestürzung, das Durcheinander, das Feilschen und der große Schrecken herrscht, stehen die Vorposten des Proletariats, die Vorposten der Revolution.

Die kommunistische Fraktion erklärt im Namen der Befreiung, im Namen der Werktätigen, daß sie alle Mittel anwenden wird, um die Annahme der Dawes-Gesetze zu verhindern.

Daß diese erste Sitzung, auf die „die ganze Welt schaut", gesprengt wurde, war weder Schuld noch Absicht der Kommunisten. — Der Ausgang der deutschnationalen Provokation und der klägliche Rückzug der dummen Provokateure wirft ein Blitzlicht auf die Situation: Sie wissen nicht, was tun. Diese Herrschaften rennen alle durcheinander wie aufgescheuchte Hühner.

Die Regierung hat gehorsam auf Befehl von London und Paris die an Frankreich verkauften separatistischen Hochverräter begnadigt. Und wir Kommunisten sollen dulden, das 7000 tapfere, todesmutige Revolutionäre, Fleisch von unserem Fleisch, Brüder im herrischen Kampfe, in den Kerkern der Bourgeoisie, der Menschenhändler und Volksverderber verfaulen? Die Kommunisten haben im deutschen Parlament genau so wie im Parlament zu Paris einen energischen Vorstoß für unsere gefangenen Genossen gemacht. Es war ihre Pflicht. Und zugleich haben die Kommunisten in der ersten Minute dieser Reichstagssitzung den unerbittlichen, revolutionären Kampf aller Proletarier, aller unterdrückten und vergewaltigten, mit allen Mitteln gegen den ungeheuerlichen Versklavungsplan proklamiert.

Die Sozialdemokraten, um Seite an Seite mit der Regierung auf die schwankenden und festgefahrenen Deutschnationalen einen Druck auszuüben, verlangen jetzt den Volksentscheid. Die Kommunisten rufen: Jawohl! Auseinander mit diesem Parlament! Auflösung des Reichstags! Appell an das Volk! Mag das werktätige Volk entscheiden, ob es den Nacken beugen will unter das eherne Joch der Imperialisten. Nützen wir aus die Mittel, die die „Demokratie" uns bietet. Laßt sehen, ob diese Herren Sozialdemokraten es ehrlich meinen. Hinweg mit diesem Parlament!

Sitzungsbericht

Kurz vor vier Uhr wird die Sitzung eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der lediglich die Regierungserklärung stehen soll, fordert und erhält Genosse Katz das Wort:

„Auf der Tagesordnung steht die Erklärung der Regierung über die Auslieferung des deutschen Volkes an das internationale Kapital. Wir Kommunisten stellen dem Räuberplan gegenüber das Sozialisierungsgesetz, die Uebergabe der Produktion an die Arbeiter (Lärm!) — Wir fordern die Beratung unserer Anträge, die den Kampf gegen die Auslieferung des werktätigen Deutschland durch das deutsche an das ausländische Kapital proklamieren. Wir fordern ferner die Beratung unserer Anträge gegen den Justizverrat, gegen den Präsidenten Niedner, für die Opfer der Freilassung des Lynch-Präsidenten. Wir fordern die Beratung der gegen die bayrische Unterdrückung gerichteten Interpellation, der Interpellation gegen Noske. Wir protestieren dagegen, daß heute nur die Regierung sprechen soll, wir fordern sofortige Aussprache. Dann soll alsbald dieser Reichstag auseinandergehen und der Appell an das Volk erfolgen. Wir werden die Auflösung des Reichstages beantragen. Wenn ein Drittel des Reichstages es verlangt, so ist die Verkündigung der Dawes-Gesetze unmöglich, oder es bliebe nur noch die Diktatur des Ebert. Jawohl: Her mit dem Appell an das Volk, her mit dem Volksentscheid über die Versklavung! Wir sind uns bei unserem rücksichtslosen Kampf gegen die Volksausplünderer und ihrer Agenten der völligen Uebereinstimmung mit den Kommunisten in der französischen Kammer bewußt. Von dieser Tribüne hier richten wir als proletarische Kämpfer gegen den teuflischen Räuberplan den Gruß der Sympathie, den Schwur der Solidarität an die Arbeiter der Welt. Das Proletariat wird den Kampf aufnehmen mit den Waffen, militärisch, politisch, mit allen Machtmitteln gegen die kapitalistischen Räuber. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs sind solidarisch im Klassenkampf gegen das Kapital! (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten. — Lärm bei den übrigen Parteien. — Wallraf sucht vergeblich dem Redner das Wort zu nehmen.)

Die Beratungsanträge des Genossen Katz werden durch sämtliche Parteien gegen die Kommunisten niedergestimmt.

Nun soll die Regierungserklärung kommen. Der Reichskanzler erhält das Wort — er kommt nicht zum Sprechen. Die kommunistische Fraktion empfängt den Mann mit fortwährend gesteigerten, stürmischen Rufen: Amnestie! Amnestie! Nieder mit der Klassenjustiz! Heraus mit den 7000 Gefangenen! Zehn Minuten lang. Durch die ununterbrochenen Rufe ist Wallraf ohnmächtig. Verwirrung im ganzen Hause. Der deutschnationale Präsident, der zu Beginn der Sitzung schon mit den schärfsten Maßnahmen gedroht hatte, provoziert. — Er erteilt dem Genossen Dr. Schwarz Ordnungsrufe. Obwohl dieser nur wie die ganze Fraktion gerufen hatte: Amnestie für unsere 7000. Der provozierende Präsident will offenbar ein Exempel statuieren, er griff den Genossen Schwarz ganz willkürlich heraus. Und verhängt über ihn den Ausschluß. Genosse Schwarz denkt nicht daran, von dem Provokateur sich hinauswerfen zu lassen.

Die Erregung steigt aufs höchste. Auf den Tribünen ruft das bürgerliche, feiste, elegante Publikum nach Schupo. Wallraf unterbricht die Sitzung auf fünf Minuten.

Auch die zweite Sitzung gesprengt

Da Genosse Schwarz im Saale bleibt, wird er vom Provokateur-Präsidenten zunächst auf acht, dann auf zwanzig Tage ausgeschlossen. Auf fünf Uhr wird die dritte Sitzung festgelegt.

Der Aeltestenrat tagt endlos, bis kurz vor 7 Uhr. Dies Mumienkabinett stand zunächst mit Wut den Kommunisten gegenüber. Allmählich merken die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter, daß Wallraf vollkommen unrechtmäßig gehandelt hat und daß diese deutschnationale Provokationstaktik dumm, sehr dumm war. Die Nationalsozialisten, Demokraten und Henke, als einziger von der SPD., meinen, man müsse den Kommunisten Rechnung tragen. Schroff dagegen sind die Deutschnationalen, das Zentrum und die übrigen Sozialdemokraten, die von Nachgeben nichts wissen wollen. Die kommunistischen Vertreter erklären: Was geschehen ist, hat nichts mit der Geschäftsordnung zu tun, sondern ist lediglich ein Trick der Deutschnationalen mit dem Zweck, **durch Ausschaltung der Kommunisten planmäßig die für die Annahme der Gesetze notwendige Zweidrittelmehrheit zu schaffen.**

Gräfe (Natsoz.) erklärt: Das scheine ihm auch so zu sein, die Deutschnationalen hätten durch ihren Wallraf die ganze Sache planmäßig gemacht.

Die Sozialdemokraten erklären: dies sei richtig, aber umgekehrt: Die Kommunisten wollten sich selbst hinauswerfen lassen, um der Abstimmung zu entgehen. (!!!) Das Beste sei eine Einigung.

Wallraf läßt sich auf nichts ein, lehnt wütend jedes Nachgeben ab. Auch die bayrische Volkspartei sucht jetzt ein Kompromiß. Henke fleht das Zentrum an. Schließlich empfiehlt die Mehrheit eine Erklärung, daß der Präsident zwar formell richtig, sachlich aber falsch gehandelt habe. Man müsse dem Präsidenten die Möglichkeit zum Rückzuge geben. Die Kommunisten erklären kategorisch, sie werden den Genossen Schwarz nur unter der Bedingung eine Zeitlang aus dem Saal hinausschicken, wenn der Präsident seine Maßnahmen vollkommen zurückziehe und Entschuldigung gäbe. Wallraf will dies erst am Montag tun.

Die Blamage ist vollkommen, der Präsident isoliert, die Kommunisten haben gewonnen, der ganze Aeltestenrat ist für ein Kompromiß. Wallraf weigert sich, die Geschäfte weiterzuführen, die Vizepräsidenten sollen das tun. Aber die lehnen dankend ab.

Endgültige Sprengung

Um ½7 Uhr erklärt Wallraf in bedrücktem Ton: Der Aeltestenrat habe mit übergroßer Mehrheit seine Maßregeln gebilligt. Die sachlichen Voraussetzungen dazu seien allerdings verschieden beurteilt worden. Dr. Schwarz habe seine Weisung nicht verstanden. Ueber einen Brief oder formellen Einspruch des Dr. Schwarz werde das Haus zu entscheiden haben. Herr Dr. Schwarz sei noch im Hause. (Jawohl, ruft dieser.) Er sei nicht in der Lage, die Sitzung weiterzuleiten. Da er aber zu Gewaltmaßregeln kein Recht erhalten habe, berufe er für Sonnabend 10 Uhr die neue Sitzung ein. (Ein Sozialdemokrat ruft: Schon wieder Kapitulation! Bei den Kommunisten Gelächter.)

Es wurde festgestellt, daß vor der Entscheidung des Aeltestenrats bereits drei Kriminalpolizisten zur gewaltsamen Abführung des Genossen Schwarz hergeholt waren.

Die Stellungnahme der Reichstagsfraktion

Gestern hielt die kommunistische Reichstagsfraktion erneut eine Sitzung ab, in der sie sich mit dem Ausschluß des Genossen Dr. Schwarz für 20 Reichstagssitzungen beschäftigte. Die Fraktion beschloß, den schärfsten Protest gegen das Vorgehen des Reichspräsidenten anzuregen, und das Recht, demonstrativ aufzutreten, sich in keiner Weise beschneiden lassen. Der Genosse Schwarz hat einen Brief an den Reichstagspräsidenten gerichtet, in dem er gegen seinen Ausschluß Protest erhebt.

Sie fordern verschärfte Knebelung

Berlin, 23. August.

Wie die Blätter melden, veranlaßte die Verhinderung der gestrigen Reichstagsverhandlung durch die Kommunisten die Führer der drei Koalitionsparteien, noch gestern abend eine Sitzung abzuhalten, um Veränderungen der Reichstagsgeschäftsordnung (d. h. Verschärfung der Knebelungsparagraphen! D. Red.) vorzubereiten, die eine „ruhige Abwicklung der Geschäfte des Parlaments" gewährleisten sollen.

✤

Die Sprengung der gestrigen Reichstagssitzung hat einen wichtigen politischen Hintergrund. Ueber die Notwendigkeit des scharfen und energischen kommunistischen Protestes berichtet obige Eingangsmeldung. Unsere Fraktion ist denn auch entschlossen, entschieden auf ihrem Standpunkt weiter zu verharren und den deutschen Massen zu zeigen, daß die Kommunisten zu ihrer Versklavung nicht stille schweigen werden. Die Berliner Morgenblätter berichten mit großen Ueberschriften von der „Obstruktion der Kommunisten".

Bedeutungsvoll ist auch das Verhalten der Deutschnationalen. Ihr Präsident hat offensichtlich provoziert. Selbst der sonst so willfährige Aeltestenausschuß hat sein Vorgehen nicht sanktioniert. Was war der Zweck seiner Provokation? Die Deutschnationalen versuchen, sich um eine klare Stellungnahme herumzudrücken und wollen die Entscheidung möglichst lange hinausschieben. Wie der obige Beschluß unserer Fraktion zeigt, wird sie aber diese Herrschaften vor klare und unangenehme Entscheidungen stellen. Die Deutschnationalen glauben immer noch, es sei ihnen möglich, durch irgendeinen Trick ihren Umfall und Verrat vor ihren Anhängern zu verbergen. Diese Pläne werden durchkreuzt werden, trotz aller Helfershelferdienste, die ihnen Herr Wallraf leistet.

Das Auftreten der deutschen und französischen kommunistischen Parlamentsfraktionen zeigt, wie einig und geschlossen die gesamte Kommunistische Internationale den Kampf gegen London aufnimmt.

Auch die französischen Kommunisten auf dem Posten!

Paris, 22. August.

Die erste Kammersitzung, in der Herriot Bericht über seine Verhandlungen in London erstattete, wurde von den Kommunisten mit dem Ruf: Amnestie! Amnestie! eingeleitet. Die Kommunisten rollten außerdem Plakate auf, auf denen gegen die Verzögerung der Amnestie, diesen Wortbruch Herriots, protestiert wurde. Dann hielt Herriot seine bekannte Rede.

Nach Herriot betritt Genosse Marty die Rednertribüne. Er fordert in schärfster Form die sofortige Diskussion des Amnestiegesetzes. Als er die Tätigkeit der einzelnen Minister einer scharfen Kritik unterzieht, und auch das mitgebrachte Plakat vor der Rednertribüne aushängt, erhebt sich ein wüster Lärm. Es entsteht ein Handgemenge, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Auch in der zweiten Sitzung kam es zu scharfen Zusammenstößen wegen der Amnestiefrage, und der diesbezügliche kommunistische Antrag wurde, wie wir bereits meldeten, abgelehnt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0001

Wir Kommunisten und London

Zum „proletarischen Sachverständigengutachten"

r. **Halle**, 23. August.

Die Regierung triumphiert über den Abschluß des Londoner Paktes. Die deutsche Bourgeoisie schachert in schamloseter Weise um noch schärfere Auspressung des werktätigen Volkes als sie die imperialistischen Räuber in London beschlossen. Mitten hinein in diesen Hexensabbat kapitalistischer Profitgier platzt der kommunistische „Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes", das proletarische Sachverständigengutachten.

Worum handelt es sich dabei? Das sei gleich festgestellt: nicht um einen neuen parlamentarischen Rummel, der vergessen ist, wenn er hinter den Geschäftsordnungskulissen des Reichstags krepiert. Es handelt sich um eine großzügige Darstellung des einzigen Weges, der einzigen Möglichkeit, **das deutsche Proletariat vor dem ungeheuren Elend, dem „Untergang in der Barbarei" zu bewahren, die der Kapitalismus als wichtigen Bestandteil in seine Londoner Rechnung eingesetzt hat.** Darum wird diese Eingabe der kommunistischen Reichstagsfraktion nicht ein totes Stück Papier bleiben, sie darf es nicht bleiben, sondern muß in den nächsten Monaten von den werktätigen Massen als Kampfbanner erhoben werden, um das sie sich in ihrem Widerstand gegen die Londoner Raubpläne scharen.

Das ist mehr als bittere Notwendigkeit. Nur politische Narren oder bewußte Betrüger können behaupten, daß nach London eine auch nur geringe Besserung für die schwerleidenden Werktätigen eintreten werde. Heute liegen über eine Million Arbeiter auf der Straße. Jeden Tag neue Betriebsstillegungen. Absatzkrise, Produktionssabotage der Unternehmer — wie ein Fieberschauer schüttelt die Krise die deutsche Wirtschaft. Und während die Massen hungern, verkaufen die Junker ihr Getreide mit Profit ins Ausland, erhalten Steuerstundung wie die Industrieritter. Wird da der Dawes-Plan keine Besserung bringen? Nein! Von den 800 Goldmillionen, die die deutsche Regierung für ihre Unterwerfung in London erhält, wird die Hälfte sofort an die Ententekapitalisten gezahlt. Und für die restlichen 400 Goldmillionen werden die allmächtigen Kommissare dann Jahr um Jahr 2½ Goldmilliarden aus der deutschen Wirtschaft herauszupressen versuchen. Das ist wirtschaftlich völlig unmöglich und wird nur zu rapider Verengung der Produktionsbasis, d. i. erhöhter Arbeitslosigkeit, ferner zu verschärftem Steuerdruck und zu Repressalien führen. Dann werden Millionen deutscher Arbeiter hungernd auf den Straßen stehen; die andern werden zwölf Stunden für ein Elendsgeld schuften, wie die österreichischen Beamten, die seit Monaten am Verhungern sind, nur weil der Völkerbundkommissar, der „sehr ehrenwerte" Herr Zimmermann, der Meinung ist, sie müßten eben bescheidener leben.

Was bedeutet London? Arbeitslosigkeit, Hunger, graues Elend, Verzweiflung, Massensterben. Und diese Zukunftsaussichten sind unumgänglich, solange die kapitalistische Lösung die dort beschlossen wurde, aufrechterhalten bleibt. Erst die **Durchführung des proletarischen Sachverständigengutachtens, die Sozialisierung der Industrie, die Nationalisierung der Banken und des Bodens** wird es ermöglichen, die Lasten von den Profithyänen tragen zu lassen.

Es handelt sich bei der kommunistischen Forderung nach der Sozialisierung nicht um eine weltfremde, undurchführbare Parole, sondern um eine eminent wichtige Tagesfrage, die in kurzer Zeit von ungeheuerer Aktualität für das deutsche Proletariat sein wird. Der Weg von London bedeutet Fortsetzung des ungeheueren Vernichtungswerkes, das die Bourgeoisie seit 1914 an ihren Lohnsklaven verübt. Der Weg des kommunistischen Sozialisierungsplanes ist gewiß voll ungeheurer Schwierigkeiten, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, bietet aber doch eine, die einzige, Möglichkeit, **die schon um den Hals der deutschen Massen gelegte Schlinge zu zerschneiden.**

*

Das Ergebnis von London hat aber noch eine weitere Bedeutung, auf die wir Kommunisten in den letzten Monaten besonders eindringlich hingewiesen haben. Der Dawes-Plan bedeutet die Auslieferung der deutschen Wirtschaft an das internationale Großkapital, kurz, die Kolonisierung Deutschlands.

Das leugnet heute selbst die davon profitierende Unternehmerclique nicht mehr. So lesen wir in der „Deutschen Bergwerkszeitung", dem Organ der Grubenbarone, daß die Durchführung des Dawes-Planes zu einer „methodischen Entnationalisierung und Enteignung der deutschen Nationalwirtschaft" führen werde. Aber noch in derselben Nummer stellt das Blatt der Stinnes-Thyssen fest, es sei „günstiger" (!) für Deutschland, wenn die Vereinigten Staaten ihren Einfluß in Europa weiter ausdehnten:

„Denn in diesem Falle würde es Deutschland unter maßgeblicher Beteiligung amerikanischen Kapitals weitgehend industrialisieren, um einen gewerblichen Vorposten in Europa zu schaffen. In diesem Falle wären die wirtschaftlichen Lebensbedingungen vielleicht einigermaßen erträglich, wenn auch selbstverständlich Amerika den größten Gewinn davontragen würde."

Das schwerindustrielle Blatt findet es also „erträglich", wenn Deutschland zu einer Industriekolonie der amerikanischen Kapitalisten herabsinkt. Und mit ihm jubelt die gesamte bürgerliche Presse, die ganz genau weiß, daß die deutsche Bourgeoisie — um mit den „Hallischen Nachrichten" zu reden — „genug dabei erübrigen wird". Das ist das wahre nationale Gesicht der deutschen Bourgeoisie, die, um sich selber zu retten, die Selbständigkeit Deutschlands für die Silberlinge des eigenen Profits verschachert!

Diese schamlose Auslieferung an die Morgan und Rockefeller, die großen Trustkönige Amerikas, zu verhindern, das ist das große Ziel des kommunistischen Sozialisierungsentwurfes, zu dem er sich gleich eingangs bekennt. Den Weg dazu gibt er im siebenten Abschnitt der Begründung, die wir vor einigen Tagen veröffentlichten. Er verlangt radikalen Bruch mit der westlichen Orientierung, der Orientierung des feigen Nachgebens und des Verrats, die von Versailles nach London geführt hat, und fordert Umstellung auf den politischen und wirtschaftlichen Anschluß nach Osten. Daß kein deutsches bürgerliches Parlament, kein Sozialdemokrat diesen Weg gehen wird, sagt der Entwurf deutlich.

Erst ein engstes Bündnis mit der Sowjetunion und im Innern die Sozialisierung wird bei den Arbeitern und Bauern der Ententeländer starken revolutionären Widerhall finden. Ein solches Deutschland, das nur ein Deutschland der Arbeiter und Bauern sein kann, wird dem allmächtigen Imperialismus ganz anders gegenüberstehen als der feige und korrupte Staat der Bourgeoisie. Aber gerade das zeigt, daß es sich bei diesem Sozialisierungsentwurf nicht um einen neuen parlamentarischen Rummel handelt. Daß er zum Kristallisationspunkt aller proletarischen Forderungen und Kämpfe der letzten Monate werden muß. Daß es gilt, den deutschen Werktätigen klarzumachen, was der Entwurf an seinem Schluß eindeutig und unerbittlich feststellt:

„Die Antragsteller sind sich bewußt, daß keine kapitalistisch-demokratische Regierung die Sozialisierung durchführen wird. Die Sozialisierung erfordert eine grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation in der Richtung, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung (Arbeiter-Räte) die Leitung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Exekutive, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Eine solche Herrschaft der Werktätigen Deutschlands setzt aber voraus, daß die arbeitenden Volksschichten — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern — im Interesse ihrer Selbsterhaltung, im Interesse der nationalen Existenz Deutschlands und im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues sich politisch, wirtschaftlich und militärisch rüsten, um die jetzige kapitalistische Staatsorganisation zu zertrümmern und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen. Indem die arbeitenden Volksmassen sich die sozialistische Republik erkämpfen, **retten sie ihr eigenes Leben, die Existenz der deutschen Wirtschaft, die Existenz des deutschen Volkes.**"

Die Industrie für Versklavung

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 23. August.

Die Vorstände des deutschen Industrie- und Handelstages des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Wirtschaftsausschusses der besetzten Gebiete haben sich in gemeinschaftlicher Sitzung mit 100 gegen 3 Stimmen für Annahme des Londoner Diktats erklärt.

Man muß bedenken: Jahrelang hat die deutsche Industrie in schärfster Form Sturm gelaufen gegen jede Erfüllungspolitik. Um diese zu Fall zu bringen, hat sie sogar die Ruhrbesetzung provoziert. Und nun dieser plötzliche Umfall!

Ueber dessen Ursache kann kein Zweifel sein. Das Dawes-Gutachten gestattet der deutschen Industrie, sich an der Ausplünderung des deutschen Proletariats zu beteiligen.

Christliche Gewerkschaftsführer für den Hungerpakt

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 23. August.

Die verantwortlichen Führer der christlichen Gewerkschaften haben am Donnerstag über die durch das Londoner Abkommen garantierten Möglichkeiten zur Versklavung des deutschen Proletariats beraten. In einer an die Regierung gerichteten Entschließung jammern sie zunächst über die moralische Belastung der Bevölkerung infolge der Hinausschiebung der Räumungsfrage. Sie wagen es, zu behaupten, daß die Durchführung des Sachverständigenplanes eine Besserung der deutschen Verhältnisse herbeiführen werde und daß darum die deutsche Regierung die entsprechenden Gesetze ohne Verzögerung erlassen müsse.

*

Kein Wort von den schrecklichen Folgen, die der Zukunft des deutschen Proletariats drohen, wenn die Ausbeuter die in London gegebenen Ausbeutungsmöglichkeiten ausnutzen werden.

Der Sklavenvertrag im Auswärtigen Ausschuß

Im Auswärtigen Ausschuß sprach Genosse Rosenberg über den Abschnitt des Londoner Protokolls, der sich auf die Sachlieferungen und den Transfer-Ausschuß bezieht. Er wies auf die außerordentliche Unklarheit und Verworrenheit dieser Ausführungen hin. Er betonte, es bestehe der Verdacht, daß die Andeutungen in diesem Teil des Londoner Protokolls noch auf geheime, spezielle Abmachungen hinweise, die dem Reichstag nicht bekannt seien. Bei dieser Stelle unterbrach der Finanzminister Dr. Luther und erklärte mit großer Erregung, daß derartige geheime Abmachungen nicht beständen.

Genosse Rosenberg warf weiter die Frage auf, welche Verbindungen zwischen den deutschen und den ausländischen Kapitaltrusts in der Frage der Sachlieferungen, Kali, Chemikalien usw. beständen. Die Bestimmungen des Londoner Protokolls lassen Tür und Tor offen für eine Manipulation des internationalen Kapitals, Art der Gewaltpolitik der Kapitalisten und speziell Frankreichs. Es seien keinerlei Sicherheiten gegen neue französische Sanktionen geschaffen.

Bei der Beratung des Gesetzes über die Umbildung der Reichsbank, versuchte der Reichs-Bank-Präsident Dr. Schacht die Auslieferung des deutschen Bank- und Finanzwesens an das internationale Kapital zu verschleiern.

Genossin Ruth Fischer kennzeichnete demgegenüber in kurzen scharfen Worten die tatsächliche Lage. Das völlige Ende jeder selbständigen deutschen Finanz- und Kreditpolitik und deren zukünftige Kontrolle durch die Banken- und Börsenmenschen der Ententie. Wie sehr sich Dr. Schacht bemühe, die Wahrheit zu verschleiern, zeige doch auch allein die Tatsache, daß in Zukunft jede deutsche Banknote von dem internationalen Kontroll-Kommissariat besonders gestempelt sein muß, um gültig zu sein.

In der weiteren Debatte kam es zu sehr interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Deutschnationalen und dem Reichs-Bank-Präsidenten. Dr. Schacht zog dabei den Revolver, indem er mit der Einstellung weiterer Kredite an die Landwirtschaft drohte.

Erfolge der streikenden westdeutschen Bauarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 23. August.

Ein Teil der Unternehmer im Zimmerergewerbe hat sich bereit erklärt, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Demgemäß soll der Stundenlohn auf 1,20 Mark festgesetzt werden. In gleicher Weise sind einige kleinere Bauunternehmer auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen, um die durch den Stillstand des Gewerbes geschaffene und infolgedessen für sie günstige Lage ausnutzen zu können. Entsprechend dem am Mittwoch in Düsseldorf gefaßten Beschluß werden die Bauarbeiter auch in diesem Falle den Kampf einstellen.

Wie der Deutsche Baugewerksbund mitteilt, haben bis jetzt 54 Bauunternehmer die Forderungen der Bauarbeiter bewilligt.

Polizei eingesetzt!

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 23. August.

Auf der Baustelle des Stadion-Neubaus und der Darmstädter Bank wurden Streikbrecher von Polizeiaufgeboten geschützt.

Zu Zwischenfällen ist es noch nicht gekommen.

Dinter legt den völkischen Vorstand nieder

Dr. Dinter, der thüringische Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der völkischen Landtagsfraktion, hat, wie jetzt bekannt wird, den Vorsitz niedergelegt. Als sein Nachfolger wird der Abgeordnete Pöllow genannt.

Die Gründe für diesen Rücktritt sind nicht bekannt. Sie hängen jedenfalls aufs engste mit der schweren Krise im völkischen Lager zusammen.

Steuerstundung für großkapitalistische Landesverräter

(Eig. Drahtber.) **Mannheim**, 22. August.

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, hat der badische Staat der Badischen Anilin- und Sodafabrik die Steuern für das Jahr 1924 gestundet. Es handelt sich um viele Millionen Goldmark.

*

Dem Verdienste seine Krone! Die Badischen Anilin-Könige, die während des Ruhrkrieges elendesten Landesverrat trieben, indem sie für Millionen ihre Patente an Frankreich verkauften, sind wirklich wert, daß die Regierung sich ihrer hilfreich annimmt. Diese Steuerstundung ist die Antwort auf die von der kommunistischen Reichstagsfraktion erhobene Forderung auf strengste Bestrafung der großkapitalistischen Landesverräter.

Dieser Skandal stinkt zum Himmel. Für die Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Klein- und Altersrentner haben die Regierungen nichts übrig. Sie besteißigen sich, deren Hungerbezüge noch mehr zu kürzen und die Bedauernswerten einem langsamen Hungertode zu überantworten. Bei Erwerbslosen usw. kneifen sie mit Pfennigen. Bei kapitalistischen Hochverrätern werfen sie nur so mit Millionen herum.

Die hungernden Proletariermassen können daran erkennen, daß der Staat wohl in der Lage ist, ihnen höhere Unterstützungen zu zahlen. Sie müssen aber begreifen, daß sie sich diese erkämpfen müssen. Sie müssen sich um die sozialpolitischen Forderungen der KPD. scharen und gemeinsam mit der KPD. für ihre Durchsetzung kämpfen.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung" verboten!

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 23. August.

Der sozialdemokratische Oberpräsident hat die „Schlesische Arbeiterzeitung" auf zwölf Tage wegen Abdrucks des kommunistischen Sozialisierungsgesetzentwurfes verboten.

Die Begründung dieses Verbotes ist einfach ungeheuerlich. Selbst nach der Weimarer Verfassung hat jede Zeitung das Recht, parlamentarische Reden und Eingaben abzudrucken. Aber was kümmern den sozialdemokratischen Oberpräsidenten die Bestimmungen dieses Papierfetzens.

Es ist sehr wichtig, wie sehr der kommunistische Sozialisierungsentwurf diesen Herrschaften auf die Nerven fällt. Sie fühlen selber, daß hier mit großer Deutlichkeit den Massen der Weg gezeigt wird, wie sie mit der Verelendung des Kapitalismus und dessen Lakaien vom Schlage dieses sozialdemokratischen Oberpräsidenten aufräumen sollen.

Neuer Riesenprozeß gegen Kommunisten

Die bürgerliche Presse meldet:

„Die Untersuchung gegen die kommunistischen Denkmalsattentäter, die bei der Denkmalsenthüllung im März dieses Jahres in Potsdam durch ein Bombenattentat das Denkmal in die Luft zu sprengen suchten, nähert sich jetzt ihrem Ende. Das Verfahren gegen die Hauptangeklagten Zeuschel, Benzmann und Kaczmirczak wird auf Veranlassung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik vom Landgericht Stendal durchgeführt.

Gegen 20 weitere Angeklagte wird dagegen die Untersuchung vom Landgericht I in Berlin geführt. Der Angeklagte Thielmann ist jetzt aus der Haft entlassen worden, da angenommen wird, daß er nur verführt worden sei."

Die Haftentlassung des Thielmann ist sehr verdächtig. Er scheint die Quelle zu sein, aus der die Staatsanwaltschaft ihre Kenntnisse über das „Bombenattentat" — das niemals ausgeführt wurde! — schöpft. Wir werden gelegentlich des Prozesses noch darauf zurückkommen.

Bayern, KPD. und Reichstag

Unsere kommunistische Fraktion im Reichstag brachte zu dem Vorgehen der Münchner Polizei gegen die Kommunistische Partei folgende Interpellation ein:

Interpellation.

Der Reichstagsbeschluß vom 26. Juli 1924 gemäß dem Antrage v. Graefe und Genossen: „Alle von der Reichsregierung oder von Landesregierungen ergangenen oder aufrechterhaltenen Verbote von politischen Parteien sind aufzuheben" wird von der bayrischen Regierung nicht beachtet.

Die bayrische Regierung hat im Bayrischen Landtag erklärt, daß dieser Beschluß sie nicht berühre. Sie hat denn auch noch nach dem Reichstagsbeschluß mehr als 30 Personen lediglich wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verhaftet und teilweise bis heute im Gefängnis behalten.

Sogar eine von der Kommunistischen Partei, Ortsgruppe München, für den 12. August einberufene geschlossene Mitgliederversammlung, in welcher der Abgeordnete Katz über die „Auswirkung des Sachverständigengutachtens auf die Arbeiterschaft" sprechen sollte, wurde polizeilich verhindert. Die Teilnehmer, darunter der kommunistische Landtagsabgeordnete Goetz, wurden mit Gummiknüppeln mißhandelt und wiederum teilweise verhaftet.

Auf Beschwerde des Abgeordneten Katz wurde von der Polizeidirektion München erklärt, daß für die Polizei in München nicht der Reichstag, sondern die bayrische Regierung maßgebend sei, diese aber habe die Kommunistische Partei nicht erlaubt.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um Bayern zur Durchführung der Reichstagsbeschlüsse zu zwingen?

Berlin, den 19. August 1924. **Katz und Genossen.**

Zur Haltung unserer Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer Sitzung mit dem Gutachten, der Reichstagsauflösung und den schleunigen Neuwahlen beschäftigt. Eine Konferenz für die Wahlvorbereitungen wurde angesetzt.

Die Fraktion ist entschlossen, im Parlament **alles zu versuchen, um die Auslieferung der deutschen Wirtschaft und die Kolonisierung Deutschlands zu verhindern.** Sie wird insbesondere den Deutschnationalen, die Opposition machen und doch die Annahme der Gesetze auf Grund des Sachverständigengutachtens gerne sehen würden, jeden Ausweg versperren. Die Kommunisten werden zu diesem Zweck im Falle der Annahme der Gesetze durch die notwendige Mehrheit auf Grund des Artikels 72 der Verfassung die Aussetzung der Verkündung der Gesetze, also die Verhinderung ihres Inkrafttretens, verlangen. Dazu bedarf es dieses Drittels der Reichstagsabgeordneten. Dieses Drittel kann nur durch die Beteiligung der Deutschnationalen zusammengebracht werden. Die Deutschnationalen würden also selbst nach der Annahme der Gesetze nochmals vor der Entscheidung stehen, ob sie es mit ihrer Opposition ehrlich meinen und die Durchführung der Gesetze, die sie angeblich so bekämpft haben, verhindern wollen.

Durch diesen Vorstoß würde neben der Reichstagsauflösung auch die Frage des Volksentscheides noch akut werden. Die Regierung müßte nämlich entweder durch einen neuen Reichstagsbeschluß die Gesetze für dringlich erklären lassen und sie dann durch den Reichspräsidenten verkünden, oder sie müßte den Volksentscheid durchführen. Die Sozialdemokraten würden bei der von der Regierung zu versuchenden Dringlichkeitserklärung vor die Frage gestellt werden, ob sie durch die Zustimmung zur Dringlichkeit einen Volksentscheid, also eine Stellungnahme der Volksmassen zu dem Sachverständigengutachten und den Auslieferungsgesetzen, verhindern wollen.

Die beiden größten Parteien des Reichstages würden also durch diesen Vorstoß der Kommunisten vor sehr kritische Entscheidungen gestellt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0002

Steigende Wirtschaftskrise

Die Krise des Kapitalismus in Deutschland erfährt eine außerordentliche Verschärfung. Nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes melden für den Juli 56 Prozent der berichtenden Betriebe die Wirtschaftslage für schlecht, nur 13 Prozent gut. Im Juli des vorigen Jahres, also mitten in der Zeit der Ruhrkrise, berichteten nur 33 Prozent schlechtes Geschäftsgang und 24 guten.

In den einzelnen Industriezweigen geben die Berichte folgende Uebersicht:

Im Kohlenbergbau ist der Absatzmangel sehr scharf eingetreten. Die Lagerungen auf Halden nehmen außerordentlich stark zu. Vor allem werden zahlreiche Feierschichten eingelegt, im Ruhrbergbau allein an einzelnen Tagen 50 000, „die lediglich auf den schlechten Absatz zurückzuführen sind". Die Gründe für diese Absatzkrise sind in der Höhe der Betriebsunkosten zu suchen, wie das Reichsarbeitsblatt meldet. Auch in Oberschlesien sind viele Feierschichten eingeführt worden. Die Haldenbestände liegen im Juli auf das vierfache des vorigen Monats. Von 33 000 Tonnen auf über 120 000 Tonnen. Die Kokserstellung ist gleichfalls stark eingeschränkt worden. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind wegen „des schwachen Absatzes" auf fast sämtlichen Werken Feierschichten eingelegt worden.

Der deutsche Erzbergbau liegt völlig darnieder. Im Siegerland sind nur mehr 30 Prozent der Bergarbeiter beschäftigt. Im Lahn- und Dillgebiet liegt der größte Teil der Gruben still. In der Kaliindustrie betrug der Gesamtversand kaum die Hälfte der Menge, die in normalen Monaten abgesetzt wurde. „Im ganzen hat sich die wirtschaftliche Lage der Kaliindustrie weiter verschärft."

In der Eisen- und Metallindustrie macht sich die Krise ebenfalls außerordentlich stark bemerkbar. „Der Bestand an Aufträgen nahm ab und Betriebseinschränkungen, wie Kurzschichten, nahmen zu. Vereinzelt ist es zum Ausblasen von Hochöfen und Stillegungen von Betrieben, sogar ganzer Werke in Rheinland-Westfalen gekommen. Die Metallindustrie des westlichen Erzgebirges entließ Arbeiter in erheblichem Umfange und mußte größtenteils Kurzarbeit einführen."

Sämtliche Gruppen der Eisen- und Metallindustrie berichten entsprechend. So kamen auf dem Halbzeugmarkt „nennenswerte Geschäfte nicht zum Abschluß". „Eine Anzahl größerer Blechwalzwerke Westdeutschlands haben ihre Betriebe wesentlich eingeschränkt." „Der Geschäftsgang der Drahtwerke verschlechterte sich weiterhin. Das Auslandsgeschäft erlahmte, da auch hier die Preise erheblich unter den Selbstkosten lagen."

„Die Beschäftigung der Solinger Kleineisen- und Stahlwarenindustrie ließ weiterhin nach. Zahlreiche Firmen gingen zu Betriebseinschränkungen über, andere haben ihre Betriebe ganz stillgelegt, so daß die Zahl der Arbeitslosen stark anwuchs. Auch die Aufträge aus dem Auslande gingen zurück. Allein in den Kreisen Hagen und Schwelm haben in etwa 120 Betrieben Stillegungen stattgefunden. Zum allergrößten Teil arbeiten die Werke gestreckt."

Aehnliches gilt für den Maschinenbau. „Mehr und mehr nahmen bei dieser Gestaltung der Verhältnisse die Fälle von Verkürzung der Arbeitszeit zu und es wurden vielfach Arbeiter entlassen. Die Belegschaften waren um 20 Prozent geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Nach 337 Berichten waren nur noch 9 Prozent der Arbeitskräfte in Betrieben mit gutem Geschäftsgang, 71 Prozent in Werken mit schlechtem Geschäftsgang." In den meisten Fällen liegt auch hier als Grund die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie mit der des Auslandes vor, was freilich nur versteckt vom Reichsarbeitsblatt zugegeben wird. „Nach dem Bericht der Handelskammer Königsberg vermochte die deutsche Landmaschinenindustrie mit dem Auslande nicht mehr in Wettbewerb zu treten und die Ausfuhr war unterbunden.

„Die Lage der chemischen Großindustrie ist weiterhin schlechter geworden. Der Auslandsabsatz ist weiterhin zurückgegangen. Verschiedentlich wurden in Schlesien Arbeiter entlassen, ebenso in Schleswig-Holstein und in der Provinz Sachsen, wie gegen Ende des Monats in Magdeburg und Hannover. Eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes war ferner im Rheinland und im Bezirk Regensburg zu beobachten."

Das Spinn- und Webstoffgewerbe berichtet: „Die schwere Krise dauert unvermindert an. Der Absatz ins Ausland, der in Friedenszeit in manchen Zweigen bis zu 75 Prozent der Erzeugung ausmachte, ist äußerst erschwert und z. B. nur in bester Qualitätsware und Spezialartikeln möglich. Im Gladbacher Bezirk mußten zahlreiche Unternehmer den Betrieb einschränken. Ein Teil der Baumwollspinnerei wurde Ende des Monats ganz stillgelegt."

Aehnliches melden alle übrigen Textilindustrien. In der Baustoffindustrie, Holzgewerbe, der Glasindustrie usw., überall dasselbe Bild.

Unter der Krise leidet vor allem das Proletariat. Die Arbeiter sind es, die erwerbslos auf die Straße geworfen werden, sie sind es, die außerordentlich verkürzten Lohn bei den Feierschichten und Betriebseinschränkungen erhalten, um verschärft in der Zeit, in der sie arbeiten, ausgebeutet zu werden.

Das Sachverständigengutachten wird mit seiner Durchführung eine weitere Verschärfung bringen. Es gilt, bereits heute schon die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter zusammenzufassen, sie einzufügen in den scharfen Kampf gegen die Bourgeoisie, für die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Breslauer Mühlenarbeiterstreik

In Breslau sind die Mühlenarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um Lohnforderungen.

Neue Betriebsstillegungen

Oberhausen, 22. August. Die Gute-Hoffnungs-Hütte hat infolge Mangels an Aufträgen bei der Regierung den Antrag auf Betriebseinschränkung gestellt. Durch diese Maßnahme würden rund 1400 Arbeiter erwerbslos werden.

Justizkomödie gegen die Mordorganisation C

Jetzt endlich wird mitgeteilt, daß der Prozeß gegen die Ehrhardt-Mordorganisation C im Oktober stattfinden soll. Dies Verfahren, das nun schon seit Jahr und Tag vorbereitet wird, ist natürlich nur eine Komödie. Mit einer Ausnahme befinden sich den Tatbestand so zu verdunkeln, daß der Prozeß nichts feststellen wird. Und das ist ja auch sein Zweck.

Hindenburg in Königsberg

WTB. meldet hochbeglückt:

Königsberg (Pr.), 23. August. Gestern vormittag ist Generalfeldmarschall v. Hindenburg hier eingetroffen. Am Bahnhofe hatten sich zum Empfang Landeshauptmann v. Brünneck und Oberbürgermeister Lohmeyer sowie das Offizierskorps des Standortes Königsberg eingefunden. Vor dem Bahnhof wartete eine große Menschenmenge auf den Gast. Bei der Abfahrt ins Quartier wurde dieser mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Mit Hindenburg sind die Generale v. Scholtz, v. Morgen, v. Conta und Freiherr v. d. Goltz hier eingetroffen. Generalfeldmarschall v. Mackensen wurde im Laufe des Abends erwartet.

*

Die wilhelminischen Generale und Massenschlächter können sich zu ihren Mordfeiern ungestört zusammenfinden. Die republikanischen Behörden begrüßen sie sogar bei ihrer Ankunft.

Dieselben Behörden verbieten Arbeitertage, da durch diese die „Ruhe und Ordnung" gestört werde.

Die schwarzrotgelben Faszisten

Die sozialdemokratische Magdeburger „Volksstimme" meldet voller Freude:

„Besonders auf den Landorten gehen die Mitglieder des Stahlhelms in hellen Scharen zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold über, ohne daß über die Gründungstätigkeit hinaus besondere Propaganda gemacht werden konnte."

Bedarf es besserer Beweise für die seelische Verwandtschaft zwischen Reichsbanner und Stahlhelm?

In der sozialistischen „Politik und Wirtschaft" wendet sich Paul Levi in zarten Tönen gegen das Reichsbanner:

„Wenn wir sehen, daß so viele offizielle und offiziöse Instanzen sich um das Reichsbanner bemühen, und begönnern da, wo sie bisher doch so gar nicht gönnerhaft waren, so beschleicht uns zunächst ein tiefes Mißtrauen."

Levi weist darauf hin, daß die proletarischen Hundertschaften in Sachsen sich nicht der Gunst des sozialdemokratischen Genossen Ebert und der übrigen Genossen erfreuen durften. Levi hat recht mit seinem Hinweis: die proletarischen Hundertschaften waren Organe, die die Interessen des Proletariats vertraten und deshalb von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Helfershelfern bekämpft wurden. Das Reichsbanner vertritt die Interessen der Bourgeoisie und wird deshalb anerkannt. Levi weist noch auf die große Gefahr hin, daß das Reichsbanner, unabhängig von der sozialdemokratischen Partei, sich zu eigenem, vielleicht der Partei entgegengesetztem Leben entwickeln kann. Aber trotzdem zeigt sich auch hier die übliche Politik der linken Sozialdemokratie. Erst eine Scheinopposition und dann Zustimmung: „Wir sind uns treu und freuen uns, daß eine solche Machtorganisation geschaffen wird. Aber wir glauben, daß die Organisation dem Proletariat nur gedeihlich sein kann, wenn auch in der Organisation jeder Sozialdemokrat erst ein Sozialist und vor allem ein proletarischer Klassenkämpfer ist."

Hier irrt sich Levi. Die bisherige Entwicklung des Reichsbanners, die oben gemeldete Koalition mit dem Stahlhelm zeigen, daß vom Klassenkampf, selbst dem Klassenkampf, den sozialdemokratische Arbeiter zu führen glauben, nicht die Rede sein kann. Oberst Lange, der die Marneschlacht verherrlicht, Polizeioberst Schüzinger, der erklärt, daß das Reichsbanner Schupo und Reichswehr in ihrem Kampf gegen die Revolution unterstützen soll, General Heinrich, der Massenschlächter von Verdun — alle Führer des Reichsbanners — erklären, **warum das Reichsbanner sich der offiziellen Unterstützung der Bourgeoisie und Behörden erfreut.**

Ein frommer Haarmann

Wir hatten bereits gemeldet, daß in Düsseldorf ein Schreinermeister Kemper angeklagt war, weil er ganze Scharen von 12- bis 15jährigen Mädchen geschlechtlich mißbraucht hatte. Der fromme katholische Schreinermeister erhielt nun unter Zubilligung mildernder Umstände nur ein Jahr Gefängnis.

Der Richter verzichtete auf die Vernehmung der Kinder und schenkte dem Angeklagten ohne weiteres Glauben, als er behauptete, er habe die Kinder für über 16 Jahre gehalten. Der fromme Sünder entschuldigte sich mit seinem unwiderstehlichen Drang zu jungen Kindern. Der Rechtsanwalt und Verteidiger des katholischen Meisters wies darauf hin, daß gerade bei frommen Menschen derartige Verirrungen häufig seien. Das ganze Gerichtsverfahren war darauf eingestellt, den Skandal zu vertuschen. Die Vernehmung des Gerichtsarztes, der die Mädchen untersucht hatte, wurde abgelehnt. Dem Angeklagten wurden drei Jahre Bewährungsfrist zugebilligt.

Diese Prozeßführung ist ein deutlicher Beweis der Klassenjustiz. Wir haben nicht gesehen, daß bei den zahlreichen Kommunistenprozessen den Angaben der Kommunisten Glauben geschenkt wurde. Einem katholischen Handwerksmeister wird aber ohne weiteres geglaubt. In diesem Falle, wo auf Grund des § 176 StGB. Zuchthausstrafe am Platze war, weil Kinder unter 14 Jahren mißbraucht worden waren, verurteilt man den Angeklagten nur zu einem Jahre Gefängnis, weil er geglaubt hatte, mit über 16 Jahre alten Mädchen zu verkehren. Das Urteil trägt deutlich den Stempel des Klassenurteils. Statt Zuchthaus mildernde Umstände und Bewährungsfrist.

Militär gegen die streikenden französischen Hafenarbeiter!

(Eig. Drahtm.) **Le Havre, 23. August.**

Der sozialdemokratische Minister Meyer hat in Le Havre alle Versammlungen und Kundgebungen verboten. Um die Durchführung dieses Verbotes zu sichern, hat er eine Abteilung Infanterie nach Le Havre gelegt.

*

(Eig. Drahtm.) **Le Havre, 22. August.**

Heute ist es den Unternehmern gelungen, mit Hilfe der vom Sozialdemokraten Meyer kommandierten Streikbrecher unter dem Schutze des in Le Havre stationierten Militärs drei Schiffe auslaufen zu lassen.

In Saint-Nazare wurden auf Grund eines vorsintflutlichen Seegesetzes vierzehn Seeleute wegen „Desertion" verhaftet. (!)

Die Werftarbeiter in Toulon vor dem Streik

(Eig. Drahtm.) **Toulon, 23. August.**

Gestern haben die Werftarbeiter in Toulon dem Marineministerium ihre Forderungen eingereicht. Sie haben beschlossen, im Falle der Ablehnung sofort in den Streik zu treten.

Hafenarbeiterstreik in Tunis

(Eig. Drahtm.) **Paris, 23. August.**

Vor einigen Tagen traten die Hafenarbeiter von Tunis in den Streik. Sie fordern eine Verdoppelung der Löhne. Bisher war der Tagelohn für einen Vollarbeiter auf 12 Franken festgesetzt, was dem Reallohn von etwa 4 Franken gleichkommt.

Verhandlungen in Marseille

(Eig. Drahtm.) **Marseille, 22. August.**

Die Schiffsgesellschaften hatten sich bereit erklärt, mit der Streikleitung über die Forderungen der Seeleute zu verhandeln. Daraufhin wurde ein Abkommen getroffen, nachdem die Streikleitung sich verpflichtete, alle Maßnahmen zu treffen, um während der Verhandlungen Zwischenfälle zu vermeiden.

Solidaritätskundgebung der Ruhrkommunisten

(Eig. Drahtm.) **Essen, 23. August.**

Der Bezirk Ruhrgebiet der KPD. sandte folgende Adresse an die kämpfenden Proletarier Frankreichs und Belgiens:

„Bezirksausschuß und Bezirksleitung der KPD. übersenden brüderlichen Kampfgruß dem revolutionären französischen und belgischen Proletariat. Wir sehen in Eurem Kampfe um Lohnerhöhungen und gegen das Unternehmertum einen wichtigen Schritt im Kampfe gegen das internationale Kapital. Die KPD. (Ruhrgebiet) gelobt, alles zu tun, daß das Ruhrproletariat ebenfalls in verschärften Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter eintritt. Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der französischen, belgischen und deutschen Arbeiterklasse.

Bezirksausschuß und Bezirksleitung der KPD. Ruhrgebiet."

Teil-Amnestie in Frankreich und in Deutschland?

Paris, 21. August.

Dem „Quotidien" wird aus Straßburg gemeldet: **Die wegen politischer Vergehen in Haft gehaltenen elsässischen und lothringischen Kommunisten sind begnadigt und vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Es handelt sich um vier Inhaftierte der Gefängnisse Straßburg, Kolmar und Metz, die wegen anarchistischer Propaganda und Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam verurteilt worden sind.**

*

Ueberall werden die proletarischen politischen Gefangenen anständiger behandelt als in Deutschland. Selbst Herriot scheint jetzt, was schon unsere Meldung über die Freilassung der französischen Angeklagten im Mainzer Antimilitaristenprozeß ankündigte, eine Teil-Amnestie für die politischen Gefangenen vorzunehmen. Daß es sich hier nur um eine Prestigemaßnahme handelt, wird angesichts der Tatsache, daß von den französischen Kriegsgerichten deutsche Kommunisten tagtäglich eingesperrt werden, sehr deutlich.

In Deutschland denkt natürlich kein Ebert oder sonst ein Sozialdemokrat daran, auch nur die völlig unzureichende Amnestie Herriots durchzuführen.

Vom englischen Transportarbeiterstreik

(Eig. Drahtm.) **London, 23. August.**

Die Unternehmer versuchen den Transport zu organisieren, ohne die streikenden Transportarbeiter. Sie sind dabei, eine Abenteurergruppe zusammenzusuchen, die in Lastautos die Transporte bewerkstelligen solle. Außerdem haben sie die Absicht, mit Hilfe von Luftschiffen die Zufuhr von ausländischen Waren sicherzustellen.

Der Transportarbeiterverband hatte alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um Streikbruch zu verhindern.

Fischerstreik in Holland

Wie „Het Volk" meldet, haben heute vormittag die Fachorganisationen des Ymuidener Fischereibetriebes wegen Lohndifferenzen mit den Reederein Versammlungen abgehalten, in deren Verlauf mit 144 gegen 112 Stimmen der Ausstand beschlossen wurde. Drei Viertel der gesamten Fischereiflotte werden dadurch stillgelegt. Der Ausstand droht, größere Dimensionen anzunehmen.

Die bulgarische Terror-Regierung über ihre Lage

Die „Dtz." läßt sich melden:

Wien, 22. August. Von offizieller bulgarischer Seite wird bekanntgegeben, daß es der Regierung Zankow gelungen ist, die kommunistischen Banden überall im Lande zu zerstreuen. Zahlreiche Verhaftungen mußten dabei vorgenommen werden. Die Ruhestörer und Provokateure in Burgas und Warschetz sind ins Gefängnis eingeliefert. Einigen Banden ist es gelungen, über die Grenze zu flüchten, wo sie falsche Anklagen erheben und sich als politische Märtyrer hinstellen. Ferner beklagen sich die offiziellen bulgarischen Kreise darüber, daß diese Banden nicht nur aus dem kommunistischen Rußland, sondern auch aus Athen und Belgrad unterstützt und zu Putschen aufgestachelt werden.

Der Schandregierung Zankow wird es nicht gelingen, durch derartige Schwindelangaben ihre Verbrechen zu verschleiern. Für die „falschen Anklagen" sind solch entsetzliche Beweise vorhanden, daß an dem Blutregiment der herrschenden Regierungsclique kein Zweifel sein kann. Aber diese Mitteilung ist ganz offensichtlich von der Angst vor der wachsenden kommunistischen Gefahr diktiert. Jedenfalls bereiten sich auf dem Balkan Ereignisse vor, die eines Tages auch mit den Mordbuben, den Zankow und Konsorten, aufräumen werden.

Erfolg der Aufständischen in Afghanistan

London, 23. August.

Wie der „Daily Telegraph" aus Alahabad meldet, breitet der von fanatischen Priestern geleitete Aufstand sich im Süden von Afghanistan aus. Die Verluste der Aufständischen und der Regierungstruppen sollen schwer sein.

Die Kohlenproduktion des Donetzbeckens

Für die ersten acht Monate des Geschäftsjahres 1923/24 wurde die Produktion der Gruben in dem Donetzbecken mit 500 Mill. Pud brutto und 415 Mill. Pud netto im Produktionsprogramm festgesetzt. Die wirkliche Leistung übersteigt die Erwartungen: es wurden 517 Millionen Pud brutto und 432 Millionen Pud netto gefördert. Die Kohlenproduktion erreicht im Donetzbecken pro Schacht 55 Prozent der Vorkriegsproduktion.

Erneut Erdbeben in Japan?

London, 22. August.

Aus Japan werden neue Erdstöße gemeldet. So ist im Innern der Bucht von Tokio der Meeresboden 1 Meter gesunken. Auch das große Erdbeben vom 1. September 1923 habe mit einer Senkung des Meeresbodens begonnen. Infolgedessen machte sich große Beunruhigung unter der Bevölkerung bemerkbar.

Große Funktionärsitzung

am Dienstag, dem 26. August 1924, abends 8 Uhr, im „Volkspark"

Sämtliche Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre haben zu erscheinen.
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Die Ortsleitung Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Kassen u. Kasser Verbandsstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Beschwerdekommission. Montag, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".

Frauen-Funktionäre. Sonntag, 1 Uhr mittags, im „Volkspark" zur Mitwirkung beim Kinderfest der Internationalen Arbeiterhilfe.

KPD.-Fraktion des Deutschen Verkehrsbundes. Montag, abends 1/2 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Fraktionssitzung.

KPD.-Fraktion des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Montag, abends 1/2 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Fraktionssitzung.

KPD.-Fraktion der Staats- und Gemeindearbeiter. Montag, abend 1/2 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Fraktionssitzung.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Montag, 25. August, abends 8 Uhr, „Eisertal": Mitgliederversamml.

Piesdorf. Dienstag, 26. August, abends 8 Uhr, bei Meyer: Mitgliederversammlung.

Kreis Merseburg

Merseburg. Montag, 25. August, abends 8 Uhr, „Funkenburg": Frauenabend.

Merseburg. Montag, 25. August, abends 8 Uhr, in der Buchhandlung, Markt 7: Sitzung des Parteivorstandes und der Stadtverordnetenfraktion.

Mansfelder Seekreis

Aisleben. Sonnabend, 23. Juli, abends 8 Uhr, Lokal Beinhorn: Mitgliederversamml.

Eisleben. Sonntag 24. August, abends 8 Uhr, „Volkshaus": Mitgliederversammlung.

Volkstedt. Sonntag, 24. August, abends 8 Uhr, bei Deutsch: Mitgliederversammlung.

Erdeborn. Sonntag, 24. August, abends 8 Uhr, „Weißes Roß": Mitgliederversamml.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 26 August, abends 8 Uhr, „Lindenhof": Mitgliederversammlung.

Kreis Naumburg

Naumburg. Montag, 25. August, abends 8 Uhr, „Goldener Hahn": Funktionärsitzung.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Sonnabend, 23. August, abends 8 Uhr, „Volkshaus": Mitgliederversamml.

Kreis Zeitz

Breitenbach. Sonnabend, 23. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung.

Rosberg. Sonnabend, 23. August, abends 8 Uhr, „Zum Brühl": Mitgliederversamml.

Kreis Torgau

Sieritz. Sonnabend, 23. August, abends 8 Uhr, Gasthof: Mitgliederversammlung.

Verein d. Freidenker f. Feuerbestattung E. V. (Sitz Berlin)

380 000 Mitglieder — 850 Ortsgruppen

Aelteste und größte zentrale Organisation

Beiträge

Für Personen von 6—16 Jahren pro Monat 20 Pfennig
" " " 16—50 " " " 40 "
" " " 50—65 " " " 100 "

Eintrittsgeld für jede Person 40 Pfennig

Leistungen des Vereins

Nach einjähriger Mitgliedschaft trägt der Verein sämtliche Kosten der Bestattung. Dazu gehört Sarg mit Innenausstattung und Sterbewäsche, Einsargung, Transport der Leiche vom Sterbeort bis zum nächsten Krematorium — ganz gleich, ob er mit eigenem Auto, oder mit Zuhilfe per Bahn, oder mit Gespann zu erfolgen hat —, Arrangement der Trauerfeier, Orgel oder Harmoniumspiel, die Gebühr für Amtsarzt Einäscherung, Grabstelle und Besetzung. Mitglied kann jede Person werden, wenn sie von ihrer Religionsgemeinschaft ausgetreten ist, oder dies bewirkt. Mitglieder anderer Feuerbestattungsvereine, die den Wert einer zentralen Organisation genießen wollen, das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, werden mit vollen Rechten aufgenommen.

Die Bezirksleitung

An- und Ummeldungen nehmen nachfolgende Ortsgruppenleiter entgegen:

O. Hauptvogel, **Annaburg**, Prov. Sa., Hinterstr. 23; H. Kiemle, **Bitterfeld**, Steinstr. 3; O. Just, **Greppin** b. Bitterfeld, Wachtendorferstr. 7; F. Gregorz, **Holzweißig** b. Bitterfeld, Chausseestr. 82; O. Pannier, **Gräfenhainichen**; P. Löbe, **Zörbig**, Leipziger Str. 40; J. Kraus, **Halle-S.**, Gr. Steinstr. 47 a. II.; F. Sander jun., **Domnitz**; P. Koch, **Merseburg**, Markt 7; F. Rogosta, **Neumark**, Kr. Merseburg, Kol 26; H. Keßler, **Weißenfels**, Lutherstr. 8; A. Fuchs, **Rößuln**; Chr. Bülche, **Mücheln-Schlitze**; Wilh. Hartmann, **Rosleben** a. d. Unstrut, Kol 6b; H. Böhnke, **Teutschenthal**, Querfurter Str. 26; O. Busch, **Creisfeld** b. Eisleben, Viktorstr. 2

Kochs Kunstlerspiele „Bunte Bühne"
Jägergasse
Ecke Gr. Ulrichstr.
Alladdl 8 1/4 Uhr:
Das große Programm
m. 11 Künstlern erster Bühnen.
Kleine Eintrittspreise

H. Wunderlich & K. Kleinsimon
Holzwerkstätte
Weißenfels a. S., Töpferdamm 19.
Holz- u. Zimmer-Arbeiten
sowie sämtliche Bautischler-Arbeiten
werden prompt und sauber bei billigster Berechnung ausgeführt. 841

Weißenfels „Zum Saaltor"
Bringe mein Lokal der Arbeiterschaft in empfehlende Erinnerung
Jeden Freitag und Sonnabend
die bekannt. ff. Salzknochen
853 Wilhelm Amme

Kochherde
Heiz- u. Koch-Oefen
Gruben
Waschkessel
Gaskocher
Christian Glaser
Gr. Klaussir. 24
Reinig. und Reparieren aller Oefen. Blechschmiede.

Nannes Barbiergeschäft empfiehlt sich der Arbeiterschaft bei folgenden Preisen:
Haarschneiden 30 ₰, Rasieren 10 ₰

Kraft- u. Ringsport-Klub „Eiche" Wittenberg
Sonntag, den 24. August, von nachmittags 4 Uhr an im Ballhaus „Schweizergarten": 217
Vereinskränzchen
mit sportlichen Vorführungen
abends Ball
Die technische Leitung — Der Vorstand

Fahrräder, Reparaturen, Ersatzteile empfiehlt
P. Krause,
Kl. Ulrichstr. 18 a hinter Postel & Krostowski.
Repar.-Werkstatt m. elektr. Betrieb.

Schreibwaren Schulbücher Schultafeln usw.
empfiehlt Volksbuchhandlung.

Musikinstrumente Schallplatten
Lüders, Mittelstr. 9/10.

Gehrmann & Co.
Bau- und Brennstoffe
Georgstraße 12/13
Fernsprecher 4842
2431
BRIKETTS
Nußgrieskohle, Koks, Grude, Holz usw.
Teilzahlung — Ab 1 Zentner frei Haus

Reparaturen aller Art an Uhren und Schmucksachen
Paul Böhlicht, Wollmarkt, Leipziger Str. 60

Walhalla-Theater

Nur morgen, Sonntag nachmittags 4 Uhr
Einlaß 3 Uhr
Die Königin der Nacht
oder
Das Mädel von der Sporergasse
Ein Spiel des Lebens für reife Leute in vier Akten von Tilo Schmidt

Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt
Wegen des starken Andranges an der Abend-Kasse wird gebeten, die Karten im Vorverkauf v. 11—1 Uhr und ab 6 1/2 Uhr abends zu lösen

Abends 8 Uhr
und folgende Tage
Der einzig dastehende Sensations-Erfolg
Mit großem Orchester!
Die Minderjährigen!
oder
Wenn die Liebe erwacht
Sexual-Schülertragödie in 4 Akten von Tilo Schmidt (Verfasser von „Die Königin der Nacht")
Unter persönlich. Mitwirkung des Verfassers Tilo Schmidt
Musik zusammengestellt von Kapellmeister Sanke

1. Akt: Goldene Jugend
2. Akt: Im Schatten der Nacht
3. Akt: Vom Wege abgeirrt
4. Akt: Schuld und Sühne

Zur Belehrung, Warnung und Aufklärung für alle deutschen Frauen, Mütter und die deutsche Jugend!

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben: Wie Wedekind in „Frühlings Erwachen", so hat Tilo Schmidt in seinen „Minderjährigen" den Weg gewiesen, wie es Pflicht der Eltern und Erzieher ist, ihre Zöglinge zur gegebenen Zeit sexuell aufzuklären!

Wegen des starken Andranges an der Abendkasse wird gebeten, die Karten im Vorverkauf von 11 bis 1 Uhr und ab 6 1/2 Uhr abends zu lösen.
— Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt! —
2489

Kunst der Gegenwart
Werke von:
Professor Baluschek, Barlach, Chagall, Dix, George Grosz, Professorin Käthe Kollwitz, Masereel, Professor Pechstein, Völker, Zille und anderen
werden gezeigt
vom 24. August bis 7. September, täglich von 11—6 Uhr
im Ausstellungsraum Domstraße 5
(ehemalige Garnisonkirche)
Erwachsene 40 Pfg., Jugendliche 25 Pfg.
einschl. illustr. Führer 262
Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften

Nähmaschinen Fahrräder u. Grammoph.
werden schnell und billigst repariert.
P. Möhring
Mechaniker,
Zickenstraße 37.

Gutkochende, mehlreiche Speisekartoffeln
liefert im einzelnen und en gros zu billigsten Tagespreisen
Frau B. Ulrich, Ammendorf, Talstraße 24 *525

Gelegenheitskauf!!
Aktenmappen prima Rindleder 6 bis 9 Mk.
Damentaschen echt Autolack 13 Mk.
Einkaufsbeutel Rindleder 6 bis 9 Mk.
Frühstückstaschen . . . 1,10 Mk.
Reisetaschen, Fußbodentaschen usw.
Eigene Anfertigung auch bei Zugabe des Leders. — Sämtliche Reparaturen.
Max Oehler,
Sagisdorfer Str. 3, kein Laden
Vorletzte Haltestelle der Linie 6 am Schlachthof. — Telephon 5617

Tausche meine 3-Zimmerwohnung in Cauena, Korridor, elektr. Licht, reichl. Zubehör, gegähnliche in Halle. Offerten unter Nr. *529 a. d. Expedit. des „Klassenkampf"

Möbl. Zimmer zu vermieten Mansfelder Str. 25, II. l.

Möbel auf Teilzahlung
Große Auswahl Billige Preise
Kleine Anzahlung
Bequeme Wochen- oder Monatsraten nach Wunsch der Käufer
Eichmann & Co
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 51
2491

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Sanitäts-Gummiwaren
E. Kertzscher
Leipziger Str. 26

Volkspark
Heute, Sonnabend:
Großer Ball
(Verband der Schuhmacher)
Morgen, Sonntag:
Konzert und Ball
2487

Schönbrodts Restaurant
2488 Jacobstraße 23
empfiehlt seine angenehmen Lokalitäten
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt

ZOO ZOO
Sonntag, den 24. August 1924,
Nachmittags-Konzert
(Militärmusik) Beamten-Orchester
Leitung: O. Haupt *530
Von 8 Uhr an:
Abend-Konzert
vom Wittekind-Orchester
Leitung: Benno Plätz

Thalia-Theater
Täglich, abends 8.10 Uhr:
Erstaufführung für Halle
Mein Baby
(Das ungeborene Kind)
mit Willi Schur
Eine amerikanische Groteske von Margaret Mayo. *529

Bad Wittekind
Woche vom 24. bis 30. August
Konzerte d. Wittekind-Orchester
Leitung: Kapellmst. Benno Plätz
Sonntag: Frühkonzert 3/4 7—8/9 U.
Nachm.-Konzert 4—1/2 7 Uhr
Abend-Konzert 8—1/2 11 Uhr
Militärmusik Beamten-Orchester
Leitung: Otto Haupt. *531
Dienstag: Frühkonzert 3/4 7—8/9 U.
Nachm.-Konzert 4—1/2 7 Uhr
Mittwoch: Frühkonzert 3/4 7—8/9 U.
Abend-Konzert 8—1/2 11 Uhr
Freitag: Frühkonzert 3/4 7—8/9 U.
Nachm.-Konzert 4—1/2 7 Uhr
Sonnab.: Frühkonzert 3/4 7—8/9 U.

Ratete
Das glänzende Programm
Montag:
Ehren-Abend
für 2490
Harry Swenson :: Seul Mahore

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Eisleben
Sonntag, den 24. August, von nachmittags 3 Uhr an im „Volkshaus" zu Eisleben:
Bezirks-Sportfest
verbunden mit Kunst-, Reigenfahren und Radball-Spielen unter Mitwirkung des Arbeiter-Turnerbundes und der Arbeiter-Gesangvereine
Fest-Programm:
1—2 Uhr nachm.: Empfang der auswärtigen Vereine
3 Uhr nachm.: Korsofahrt durch die Stadt
Nachmittags im Garten:
Konzert und Kinderbelustigungen
Ausschießen und Auskegeln von Lebensmitteln u. wertvollen Gegenständen
Abends 7 Uhr: Ball
Freunde und Gönner unseres Sportes laden freundlichst ein 182
Der Vorstand — Die Bezirksleitung

Nelarstolz Luxus 5 Pfg. — Finnenmädel 2, 3, 4 Pfg. — Haus Klein 6 Pfg.

Die Marken der Sorgenkinder nimmt wirklich gütlich Zigarette

Klein's Tabak- u. Zigarettenfabriken v. H. G., Schifferstadt.

Allg. Konsumverein Halle und Umg.
e. G. m. b. H.
GEG
Die Waschmittel der Großeinkaufs-Gesellschaft sind die Waschmittel des Genossenschafters!
Güte und Wirksamkeit der GEG.-Erzeugnisse sind allen anderen Marken ebenbürtig 2484
Die Preise der GEG. sind niedriger
Wer GEG.-Waschmittel verwendet, dient einem doppelten Zweck: Er ermäßigt seine Haushaltskosten und fördert die genossenschaftliche Eigenerzeugung
— In allen 36 Verkaufsstellen vorrätig —

Viehhalter in Ammendorf und Umgegend
haben nunmehr günstige Gelegenheit, unsere anerkannt vorzüglichen und beliebten
Futtermittel
aller Art für Groß- u. Kleinvieh in der von uns neu errichteten
3. Verkaufsstelle
Talstraße 24
zu kaufen. Wir liefern nur beste Qualitäten zu billigsten Tagespreisen in jeder Menge (pfund-, zentner- und waggonweise)
Eigene Schrot- und Quetschanlage.
Groß Menge a Wem ohne Haus
Futtermittel-Vereinigung landwirtschaftl. Halle
2194 Fernsprecher 6356
Gr. Märkerstr. 5 Triftstr. 16
Ammendorf, Talstr. 24

Geiz. Herren-Anzüge von Mk 8,— an 842
Schuhe, Stiefel usw. verkauft
G. Lukas, Merseburg, Sand 1

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung.

Willst Du streichen, geh zu Farben-Thiele
Kauf vom Maler im Spezialgeschäft 216

Werbt für d. Klassenkampf

Wenigs Gasthaus, Sennewitz
Sonnabend, den 23. August, von abends 7 1/2 Uhr an und Sonntag, den 24. August, von vormittags 9 Uhr an
Gr. Preiskegeln
1 Damenrad, 1 Herrenrad und andere wertvolle Preise 2482

Nach wie vor
kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft
Schokoladen, Keks Kakao, Bonbon
sowie alle anderen Süßigkeiten bei der bekannten 1250
Schokoladen-Spezial-Großhandl.
Willy Voigt
Halle, Markt 6,
vorm. Bachran & Co.,
Ecke Schülerhof. Tel. 4736

Korn & Zöllner
Fernsprecher 3763 Brüderstr. 13
Eisenwaren u. Werkzeuge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Mut zeiget auch der Mameluck

Dr. Rive im Reichsrat und das verständnisvolle „Volksblatt"

Die Provinz Sachsen wird im Reichsrat durch Hörsing vertreten. Sein Stellvertreter ist der hallische Oberbürgermeister Rive. Der hat, als kürzlich die Schutzzollvorlage der junkerfreundlichen Reichsregierung zur Entscheidung stand, seine Stimme für die Einführung der Hunger-Getreidezölle abgegeben. Das „Volksblatt" hatte dazu gemeint, diese Haltung sei ein Mißbrauch von Hörsings Krankenlager gewesen, denn — sagte das Blatt — Hörsing hätte, wenn er selber im Reichsrat gewesen wäre, gegen die Schutzzollvorlage gestimmt.

Diese gänzlich unpolitische Stellungnahme zu einer hochpolitischen Angelegenheit hat dem hallischen Oberbürgermeister Veranlassung gegeben, vom hallischen Hörsing-Moniteur eine Richtigstellung zu verlangen. Daraufhin veröffentlichte am Donnerstag das „Volksblatt" eine Notiz: „Hörsings Vertreter im Reichsrat", die auf eine völlige Kapitulation vor dem oberbürgermeisterlichen Interessenvertreter der Landjunker hinausläuft. Daneben auf eine völlige Preisgabe der Lebensinteressen der hungernden Volksmassen in der Provinz, insbesondere der Stadt Halle. Man merkt dem kläglichen Gestammel, das Absichtlich im politischen Teil ganz hinten versteckt ist, auf dem ersten Blick an, daß gewisse Kreaturen ihre Hand im Spiele gehabt haben. Hier des „Volksblatt"-Jammers Ende:

„In einer kürzlich abgehaltenen Pressebesprechung nahm Herr Dr. Rive auf den Artikel des „Volksblatt" Bezug und bemerkte, daß das „Volksblatt" einem Rechtsirrtum verfallen sei. Er habe als Stellvertreter nicht nach den Weisungen des ordentlichen Mitgliedes zu fragen. Daß sich Herr Dr. Rive bei dieser Gelegenheit bemühte, seine Haltung bei der Abstimmung zu rechtfertigen, ist durchaus verständlich, wie wir uns auch gar nicht darüber wundern, daß er bei seiner wirtschaftlichen und politischen Einstellung — wie es Genosse Hörsing getan hätte — nicht gegen die Vorlage gestimmt hat. Wenn wir uns auch nicht das Recht der Kritik über diese Stellungnahme des Oberbürgermeisters einer Großstadtgemeinde schmälern lassen, wollen wir dennoch nicht verhehlen, das Verhalten des Herrn Dr. Rive hierdurch richtigzustellen. Damit entfallen auch die Bemerkungen, die wir an unsere Mitteilung geknüpft hatten."

Das „Volksblatt" hat damit völlig vor Oberbürgermeister Dr. Rive kapituliert. Es gibt zu, „einem Rechtsirrtum verfallen" zu sein, als es mit dem Krankenlager Hörsings Geschäfte machen wollte. Ihm ist „durchaus verständlich", daß Rive seine brotwucherzollfreundliche Haltung im Reichsrat zu rechtfertigen sich bemühte. Es „wundert sich gar nicht darüber", daß der hallische Oberbürgermeister seine Vertretung im Reichsrat benutzt, dafür zu sorgen, daß Brot und Fleisch infolge Neueinführung von Zöllen und damit verbundener Preistreiberei der Agrarproduzenten noch unerschwinglicher im Preise werden, also der Hunger immer breitere Massen würgt. Wenn ein deutschnationaler Oberbürgermeister die Stirne runzelt, gleich „entfallen auch die Bemerkungen", die diese Hörsing-Lakaien gemacht hatten, gleich werden sie auch noch zu Rive-Lakaien. Diese Feiglinge schwätzen dann noch davon, daß sie sich „nicht das Recht der Kritik" über diese Stellungnahme des Oberbürgermeisters einer „Großstadtgemeinde schmälern lassen". Fürwahr: Mut zeigt auch der Mameluck!

Schließlich ist der Grund für die „verständliche" Uebereinstimmung von Rive und dem „Volksblatt" klar auf der Hand liegend. Rive ist offen für Verteuerung des Brotes der armen Leute, die Politik der SPD. — Annahme des Sachverständigengutachtens — hat die gleiche Wirkung, den Hunger der Massen zu vermehren. Und Hörsing und Runge mit der grünen Haarmann-Polizei sind sozusagen die Verbindungsmänner zwischen Rive und dem „Volksblatt", wenn sie Hungerdemonstranten mit Gummiknüppeln oder blauen Bohnen traktieren lassen.

Erwerbslose! Notstandsarbeiter!

Heraus zum Protest gegen den Betrug der Auszahlung

Montag, den 25. August, abends 6 Uhr, im „Volkspark":

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung

Thema:

Der Staat betrügt die Erwerbslosen um ihr Geld

Erwerbslose, Notstandsarbeiter, erscheint alle vollzählig — Zu dieser Versammlung sind die Vertreter der Erwerbslosenfürsorge sowie der Magistrat schriftlich eingeladen und werden an dieser Versammlung teilnehmen.

Erwerbslosenrat der Stadt Halle.

Kleine Anfrage
an
Herrn Polizeipräsidenten Runge
(Sozialdemokrat)

Wann erscheint der Polizeibericht über die Vorgänge bei Mötzlich?

„Arm in Arm mit Dir . . . ."

Wir sind dagewesen gegen Spartakus und in Schlesien, immer um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Kamerad „rah" Wehrwolf und Kamerad „äh" Reichsbanner haben sich nach langem, schweren Leiden gefunden. Sie haben sich kollegial zusammengetan, die Militaristen und die Pazifisten, als der Rote Frontkämpfer-Bund auf den Plan trat. Der Wehrwolf, zwar schon abgemagert, da seine hiesigen Brüder „Wir Volk" und „Völkischer Morgen" dahingeschieden sind, heult immer noch durch den Mund des Herrn Kloppe. **Er schreibt einen warmen Begrüßungsartikel an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,** in dem unendlich viel übereinstimmende Punkte aufgezählt werden und in dem diese Uebereinstimmung sogar aus „Klassenkampf"-Zitaten bewiesen wird. Erstens wird freudig begrüßt, daß die lieben Vettern vom Pazifismus sich zum alten preußischen Drill zurückgefunden haben. Ferner sei auch der völkische Begriff „Vaterland" Gemeingut der Republikaner Ebertscher Couleur geworden. Außerdem brüllten auch die Reichsbannerleute den Ludendorff-Protest zegen die „Kriegsschuldlüge" in die Welt. Als Schlußsatz dieser Behauptungen prangt im Wehrwolf der kernige Ausspruch:

„So bedeutet „Schwarz-Rot-Gold" ohne Zweifel ein Fortschritt zur Durchsetzung unserer Anschauungen."

Abgesehen von dem falschen Deutsch, das bei Völkischen Selbstverständlichkeit ist (denn das richtige Deutsch ist das falsche Deutsch und nur Juden und Marxisten haben die deutsche Grammatik verfälscht) ist dieser Satz vollständig richtig. Reichsbanner Hörsing ist ein Fortschritt zur Durchsetzung der Wehrwolf-Anschauungen, der Anschauungen des kapitalistischen Arbeiterbetrugs und Verrats. Durchsetzung der Wehrwolf-Anschauungen bedeuten die politischen Morde, die Artur Zickler im „Vorwärts" provoziert hat, und die Gummiknüppelüberfälle der schwarzrotgoldenen Schupo auf den Roten Frontkämpfer-Bund am Gertraudenfriedhof, just an der Stelle, wo unsere proletarischen Helden im Kampf gegen die Wehrwolf- und Republik-Anschauungen begraben liegen.

Diese Anschauungen dokumentieren sich in den Worten, die der Wehrwolf-Schreiber mit brutaler Aufdeckung seiner wahren Aufgaben gegen das Proletariat veröffentlicht:

„Wir sind dagewesen gegen Spartakus und in Schlesien, immer um die Ordnung aufrechtzuerhalten."

Jawohl, sie sind dagewesen. Arm in Arm haben sie das Proletariat niedergeknüppelt. **Die reaktionäre Wehrwolf-Meute, die damals Freikorps Lüttow oder Landesjägerkorps hieß, fragte nicht danach, ob sie Wilhelm, den Ausgerissenen, oder Ebert, den Badehosigen, stützte, ob man für den christlich-germanischen oder den vielgeschmähten semitischen Geldsack Arbeiter schlachtete.** Sie fragte nicht danach, ob sie die „Judenrepublik" festigte, wenn es nur möglich war, „Brüdern des eigenen Stammes", dem inneren Feind, mit Handgranaten zuleibe zu rücken. Dieses Duesterberg-Pack bringt es in seiner Dummheit fertig, sich selbst Ohrfeigen in reichlichem Maße zu verabfolgen. Es zitiert aus dem „Klassenkampf":

„ . . . während die antisemitischen Kapitalisten ihre Garde schon im Stahlhelm, Wehrwolf usw. haben."

Ohne es widerlegen zu können, ist das da hingeleistet. Es wird ja bei den „Wehrwolf"-Lesern auch nicht auffallen. Denn diese haben die schöne teutsche Angewohnheit, nicht denken zu können. Sie haben auch ihren Wahlspruch:

„Helfe Dir selber, so helfet Dir unser Herre Gott"

jetzt umgetauft. Der klang ihnen sicherlich zu jüdisch. Bei einer völkischen Feier wurde nämlich die schöne Sentenz geprägt:

„Wer auf Gott vertraut
Und fest dazwischen haut,
Der hat nicht auf Sand gebaut."

Ja, Proleten, politisch ernst nehmen kann man diese Windjacken-Hunde nicht mehr. Es wird Zeit, daß der Rote Frontkämpfer-Bund einmal die Wehrwolf-Sentenz beherzigt und Herrn Kloppe das zukommen läßt, was sein Name heischt.

Katzenjammer in der ZdA.-Ortsverwaltung oder die verhagelte Petersilie

Der Erfolg unserer Genossen in der Generalversammlung des ZdA. scheint den Herren Sozialdemokraten und kaiserlichen Reserve-Leutnants dermaßen in die Knochen gefahren zu sein, daß sie jegliche gesunde Vernunft verloren haben! Wenigstens läßt der Bericht des „Volksblättchens" vom 21. August eine andere Deutung nicht zu.

Wir glauben ja gern, daß es sehr schmerzlich ist, besonders für diejenigen Schieber im ZdA., die sich so gern als die „berufenen Gewerkschafter" hinstellen, eine derartige Backpfeife zu bekommen, wie sie die Generalversammlung vom 20. August der hallischen Ortsverwaltung und darüber hinaus dem Zentralvorstand des ZdA. verabreicht hat. Auf das persönliche Gekläffe und all den kleinlichen Dreck einzugehen, den die Leute hervorziehen, um ihre Blamage zu verbergen, ist uns zu dumm! **Soviel steht jedenfalls fest, daß den Herren um Urban und Giebel nicht wohl ist, denn die Entschließung der hallischen Ortsgruppe des ZdA. wird über Halle hinaus hoffentlich auch den übrigen Mitgliedern die Augen öffnen!**

Bürgerliche Justiz

„Undank ist der Welt Lohn." Dieses alte Sprichwort bewahrheitet sich noch immer. Als zur Zeit des Weltkrieges sich Hunderttausende Proletarier im Waffenrock für die Interessen des deutschen Kapitalismus ihr Leben opfern mußten oder verwandet als Krüppel und Invaliden aus dem Stahlbad kamen, schon damals tröstete man diese Opfer des imperialistischen Wahnsinns mit dem Dank des Vaterlandes. Heute läßt man diese Invaliden- und Krüppelarmee vor lauter Dankbarkeit verhungern. Während des Kapp-Putsches war es die damalige sozialdemokratische Regierung, welche die Arbeiter zur Wehr, zum Generalstreik aufrief. Als dann die Arbeiterschaft innerhalb weniger Tage Kapp, Lüttwitz und Konsorten zum Teufel gejagt hatte, steckte man sie in die Zuchthäuser und Festungen. Das war der Dank der Ebert, Noske und Scheidemann, welche nun wieder fest im Sattel saßen. Ein weiteres Geschenk bekam die Arbeiterschaft von dem Sozialdemokraten Severing in Form des Gesetzes zum Schutz der Republik. Dieses Gesetz mit seinen Kautschukparagraphen sollte angeblich heuptsächlich ein Schutz gegen die damals immer frecher werdende Reaktion sein. Daß es aber nur gegen das klassenbewußte Proletariat gerichtet war, wurde gestern durch ein Urteil des Schöffengerichts bewiesen.

Während des Generalstreiks im August vorigen Jahres nahmen infolge der furchtbaren wirtschaftlichen Notlage die Felddiebstähle eine bedenkliche Form an. So auch in Greppin. Um nun seine Felder hiergegen zu schützen, verpandelte der Gutsbesitzer Götze (Greppin) mit der dortigen Arbeiterschaft und bat diese, einen Flurschutz zu organisieren. Als Entgegenkommen versprach er, der Greppiner Arbeiterschaft Lebensmittel zu überlassen. Diese Verhandlungen sind im Beisein des Gemeindevorstehers Fasshauer und des Oberlandjägers Jerrsen geführt. Da diesem sogenannten Flurschutz amtliche Befugnisse nicht zustanden, glaubte man ihn auch nicht behördlich anerkennen zu müssen und duldete ihn wohlwollend.

Gestern erhielten 26 Arbeiter aus Greppin nun ihren Dank für ihre Flurschutztätigkeit vom hiesigen Schöffengericht ausgezahlt. Sie **waren angeklagt, gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen und eine verbotene Organisation, nämlich der proletarischen Hundertschaft Greppin, angehört zu haben.** Die Verhandlung begann gestern morgen um 9 Uhr im großen Schwurgerichtssaal (der Schöffengerichtssaal war für 26 Angeklagte scheinbar zu klein. Wir empfehlen für das nächste Mal den großen „Volksparksaal", da man hier etwa 1000 Angeklagten auf einem Prozeß machen kann) unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Fromm. Die Angeklagten bestritten ganz entschieden, einer proletarischen Hundertschaft angehört zu haben. Sie haben lediglich einen Flurschutz gegründet,

---

Rote Frontkämpfer-Versammlungen im Saalkreis

Nietleben
Sonntag, den 24. August, vormittags 10 Uhr, Lokal „Sonne"

Passendorf
Montag, den 25. August, abends 8 Uhr, Lokal „Drei Lilien"

Diemitz
Dienstag, den 26. August, abends 8 Uhr, Lokal „Gesellschaftshaus"

Kreisvorstand „Roter Frontkämpfer-Bund"

Die rote Fahne

Von vielen, die sie einst trugen, wird sie heute geschmäht zugunsten von Schwarz-Rot-Mostrich. Das deutschnationale und Hakenkreuzgesindel haßt sie, weil sie einst, im Zeichen des Zusammenbruchs der Firma Hohenzollern, Ludendorffs und Ko., über Deutschland siegreich wehte. Zur Farbe der Revolution zu stehen, ist heute wieder, wie früher, eine Sache von Ueberzeugung, Mut und unbeugsam-sieghaftem Willen. Und sie weht noch in Halle, trotz schwarzrotgoldenen Verrätern, schwarzweißroten Feinden und grünen Häschern . . .

Da unten im Proletarierviertel, am Schloßberg, steht ein uralter Akazienbaum. Ganz hart an den Häusern steht er. Arbeiterkinder spielen in seinem Schatten. Denn er ist noch gut im Laub, trotz seines Alters. Ueber die Dächer hinaus aber streckt er, ganz kahl seine höchsten Aeste. Mir kommen sie immer vor, wie die Armstümpfe eines Kriegskrüppels, von denen während der herrlichen Kriegszeit gegenüber im ehemaligen Garnisonlazarett eine ganze Menge fabriziert worden sind.

Da kam ich heute vorbei, seit langer Zeit wieder einmal. Und was sehe ich? Die Armstümpfe da oben im Baum tragen Schmuck. Wie zur Erinnerung an die herrliche Hohenzollern- und Ludendorff-Zeit. Natürlich roten Schmuck. Irgendein ganz füner Prolet ist hinaufgestiegen, trotzend der Absturz- und Polizeistrafmandatsgefahr, und hat eine rote Fahne da oben befestigt. Ein paar Tage schon ist es her, sagte man mir. Und noch immer weht das Proletarierzeichen im Winde. Von Mut und Tapferkeit erzählend. Und an das Blut erinnernd, das drüben in Ludendorffs Kriegs-Metzger-Filiale fünf Jahre geflossen, wenn die Armstümpfe fabriziert wurden, von denen die nackten, halbverdorrten Baumäste da oben mir immer erzählen.

Noch etwas anderes sagte man mir da am Schloßberg. Kinder, Proletarierkinder, die des Morgens die rote Fahne im Baumwipfel sahen, wollten es dem Kühnen gleichtun. Wollten auch ihre frei wehende rote Fahne haben. Und stiegen nun, mit ihrem kleineren Mute langte es nicht weiter, an einem Laternenständer hinauf, um oben ebenfalls eine kleine rote Fahne zu befestigen. Ein Sipomann kommt vorbei, einer mit schwarzrotgoldener, schwarzweißroter oder Hakenkreuz-Gesinnung, der vorschriftsmäßig in dem roten Fähnchen aufrührerische Gesinnung, groben Unfug, öffentliches Aergernis oder andere staatsgefährliche Handlung wittert. Der Polizeimann schreitet sofort zur Aktion. Aber gar so leicht kommt sie nicht zum Erfolg. Denn so ein Laternenpfahl ist, mit Rücksicht auf die besoffenen Studenten, die Laternenauslöschen bekanntlich nächstens als Spezialität betreiben, immer seine drei Meter hoch. Und diese Höhe erreicht ein Sipomann nicht, selbst wenn er seinen Sabul zu Hilfe nehmen sollte, um den Arm von Gerechtigkeit, Ruhe und Ordnung zu verlängern. Eine halbe Stunde soll der Polizeier die angestrengtesten Sprünge unternommen haben. Vergeblich. Endlich erschien Rettung in der Person eines Straßenreinigungsmannes. Der wurde herangewinkt, der Sipomann nahm ihm den Besen ab und konnte nun das rote Kinderfähnlein zur Strecke bringen. Und als Trophäe ins Hauptquartier des Herrn Runge . . . .

Die größere rote Fahne da oben im Akazienbaum hat das Auge des Gesetzes auch entdeckt. Aber dieser Lorbeerkranz hing zu hoch. Der ist mit einem Besenstiel nicht einzubringen. Dazu gehört, wenn man es nicht anderen überläßt, etwas Mut. Und da weder dieser noch die anderen bisher beigebracht worden sind, flattert das rote Fähnlein noch immer lustig und kek oben im Baum . . .

Ob zur Stunde noch, da diese Zeilen gelesen werden, weiß ich nicht. Vielleicht hat die Feuerwehr inzwischen Auftrag bekommen, mit der großen, vierstöckigen Magirus-Leiter auszurücken, um das Bekenntnis zum Mut und zur Farbe der proletarischen Revolution aus der Welt zu schaffen. —n.

Schwarz-Rot-Gold und TV. „Die Naturfreunde"

Wer die Einstellung eines großen Teiles der T.-V.-Mitglieder und deren Führer kennen lernen wollte, brauchte nur am Sonnabend, dem 9. August, und Sonntag, dem 10. August, einmal zu der „riesigen" Demonstration des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu gehen. Da sah man im Demonstrationszuge den größten Teil der Funktionäre des Touristen-Vereins und einen großen Teil der Mitglieder hinter den Verrätern des deutschen Proletariats marschieren. Sie stimmten mit ein in die Hochrufe auf die freieste Republik der Welt, in der nur noch der Gummiknüppel regiert.

Genossen im T.-V. „Die Naturfreunde"!

Ihr, die Ihr hier in Halle der größte Teil der Mitglieder im T.-V. seid, wollt Ihr Euch noch länger von Reformisten führen lassen? Wollt Ihr noch länger spielen, tanzen und wandern in der schwersten Zeit des Proletariats? Wollt Ihr noch länger zusehen, wie die Reaktion von Tag zu Tag ihre Machtposition erweitert? Wollt Ihr noch länger zusehen, wie sich das revolutionäre Proletariat rüstet, um dem Kapital ein Bollwerk von Arbeitern entgegenzustellen, welches bereit ist, Blut und Leben für die Diktatur des Proletariats zu opfern? Nein!

Dann schließt Euch innerhalb des T.-V. zu einer Fraktion zusammen, bringt in Eure Fraktionssitzungen den Geist des ARWB.-„Naturfreunde"-Programms hinein, versucht durch die Fraktion, in der nächsten Jahresversammlung Eures T.-V. die Leitung an Euch zu reißen, um dann den T.-V. „Die Naturfreunde" auszubauen, zu dem, was er sein soll: Zu einer revolutionären Kulturorganisation, wo erst die Vorarbeiten geleistet werden, die zum Befreiungskampf des Proletariats notwendig sind, und dann erst an Wanderungen und Spiel gedacht wird.

Seid Ihr aber nicht stark genug, diese Arbeit auf Euch zu nehmen, dann heraus aus dem T.-V. und laßt die schwarzrotgoldenen Jünglinge unter sich, damit sie sich in Ruhe überlegen können, wie sie diese kapitalistische Republik über Wasser halten können. Für Euch kann es dann weiter nichts geben, als hinein in den Arbeiter-Wander-Bund.

Arbeiter-Wander-Bund „Naturfreunde".
Halle-Ammendorf.

---

* **Stadttheater.** Der als Eröffnungsvorstellung des Stadttheaters am Donnerstag, dem 28. August (Goethes 175. Geburtstag), zur Aufführung gelangende 1. Teil des „Faust" wird eingeleitet durch die „Faust-Ouvertüre" von Richard Wagner. Dirigent: Generalmusikdirektor Erich Band. — Ab Montag, dem 25. August, können die Stammkarten an der Kasse des Stadtheaters in Empfang genommen werden. Zu gleicher Zeit beginnt auch der Vorverkauf von Tageskarten für die erste Woche der neuen Spielzeit.

* **Kunst der Gegenwart** Die kürzlich angekündigte Ausstellung von Graphiken und Malereien zeitgenössischer Künstler wird nunmehr am Sonntagvormittag um 11 Uhr in der ehemaligen Garnisonkirche eröffnet. Die Ausstellung währt vom 24. August bis zum 7. September und ist täglich von 11 bis 6 Uhr geöffnet. Von der beabsichtigten Eröffnungsfeier muß Abstand genommen werden, da Ernst Toller an das Krankenlager gefesselt ist.

K. N. **Die Kommunistische Studentengruppe Berlin** gibt jetzt eine eigene Hochschulzeitung heraus. Sie ist ein Beweis für die unwiderstehliche Kraft der marxistischen Propaganda. In ihrer ersten Nummer bringt die „Rote Studenten-Fahne" eine Kritik des bürgerlichen Nationalökonomen Sombart, sowie Nachrichten über die hochschulparlamentarische Arbeit der Berliner Kommunistische Studenten-Fraktion!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0005

welcher von dem Landjäger gebilligt war. Als Zeugen waren erschienen der Gemeindevorsteher Faßbauer, der Oberlandjäger Jerzjen und der Amtssekretär Lissow. Alle drei Zeugen konnten auch nicht den geringsten Beweis erbringen, der die Angeklagten belastet hätte. Lediglich der Amtssekretär Lissow, welcher übrigens Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend ist, versuchte aus dem Flurschutz eine proletarische Hundertschaft zu machen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Neumann, stellte ihm dann einige Fragen, bei deren Beantwortung er sich dermaßen in Widersprüche verwickelte, daß ihm der Gerichtsvorsitzende zu Hilfe kommen mußte. Nach der Beweisaufnahme, die also nicht den geringsten Beweis für die Anklage gebracht hatte, nahm der Staatsanwalt das Wort und **beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, da** der Flurschutz nur ein Deckmantel für die proletarische Hundertschaft gewesen sei.

Der Verteidiger wies treffend auf die Dehnbarkeit des Begriffes „proletarische Hundertschaft" hin. Ebenso treffend wies er auf die „vaterländischen Verbände" hin, welche doch in stramm militärischen Organisationen beständen, ohne daß man gegen diese das Gesetz zum Schutze der Republik in Anwendung brächte. Nachdem das Gericht dann die Verhandlung um eine Stunde vertagte, wurde um 6 Uhr das Urteil ausgesprochen.

Neun Angeklagte wurden zu drei Monate Gefängnis verurteilt, der vermutliche Führer, der Arbeiter Niendorf, erhielt vier Monate Gefängnis.

Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Verurteilten erhielten eine Bewährungsfrist von drei Jahren bei Zahlung einer Geldbuße, welche noch festgesetzt werden soll. Mit der Begründung des Urteils zeigt das hiesige Schöffengericht sein Klassengesicht. **Zum Beispiel begründete das Gericht das höhere Urteil gegen Niendorf damit, daß er jedenfalls der Führer gewesen sei, was daraus hervorgehe, daß er ja auch heute führend hervorgetreten sei.**

Für die Arbeiterschaft ist noch interessant zu erwähnen, daß dieser Prozeß eigentlich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelt werden sollte. Von dort wurde die Angelegenheit wegen Ueberlastung (!) des Staatsgerichtshofs dem hiesigen Schöffengericht überwiesen.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Proletarische Kulturvereinigung treffen sich Montag abend pünktlich um 8 Uhr im „Volkspark" zur

Sprechchorprobe

für den Internationalen Jugendtag. Jede Organisation muß erscheinen. **Der Ausschuß.**

•

Alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend nehmen heute und morgen, Sonntag, an der Veranstaltung der JAH. teil.

Jugendbibliothek. Zur näheren Kontrolle des Bücherbestandes unserer Jugendbibliothek werden alle Mitglieder aufgefordert, ihre von der Bibliothek entliehenen Bücher schnellstens im Jugendbureau abzuliefern.

* **Roter Frontkämpfer-Bund.** Alle Kameraden von Halle und Umgegend treffen sich Sonntag früh 10 Uhr in Nietleben zur Gründungsversammlung der Ortsgruppe Nietleben.

* **An die Freunde und Gönner des Roten Frontkämpfer-Bundes.** Wir ersuchen hiermit alle diejenigen, welche im Besitze von Trommeln, Pfeifen und Waldhörnern sind, uns diese leihweise zur Verfügung zu stellen oder sie uns unentgeltlich zu überlassen. Wir bitten, diese Instrumente abends zwischen 5 bis 7 Uhr in den einzelnen Werbelokalen gegen Quittung an die Werbebezirksführer auszuhändigen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Halle des RFB.

* **Zentralverband der Zimmerer.** Wir verweisen nochmals auf die heute abend 7½ Uhr im „Volkspark" stattfindende sehr wichtige Mitgliederversammlung. Jeder hat zu erscheinen.

* **Volkspark.** Wie aus dem heutigen Inserat zu ersehen ist, veranstaltet der Verband der Schuhmacher im großen Saal einen Ball. Morgen, Sonntag, findet ebenfalls ein Ball sowie Konzert in den Räumen statt. — Am Dienstag, dem 26. August, ist ein großes Doppelkonzert vorgesehen unter gütiger Mitwirkung des „Freien Sängerchors" sowie des Gesangvereins „Gutenberg".

Kanena. Die für heute, den 23. August, angesetzte öffentliche Frontkämpfer-Versammlung muß ausfallen und findet am Sonnabend, dem 30. August, statt.

Ammendorf. Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber. Die Vertreter des neugewählten Ordnungsblockes unserer Gemeinde, unter denen sich nicht nur Fabrikanten, Direktoren und Doktoren, sondern auch simple Arbeiter und kaspermäßige Angestellte befinden, sind auf das Wohl und Wehe der Gemeinde so bedacht, daß sie seit ihrer Wahl ihre Hauptaufgabe darin erblicken, Löhne und Gehälter abzubauen. Allen voran der Postangestellte Wendsch, einer unserer Kollegen, der wohl Staatsgehaltsempfänger ist, aber beim Beamtenabbau vergessen worden ist. Dieser Herr Kollege fühlt sich bemüßigt, die Bolzen, welche andere schnitzeln, zu verschießen und doch proklamiert er sich gern als Verschönungsapostel. Wie sieht es mit ihm in Wirklichkeit aus? Er will in den nächsten Tagen eine Sitzung mit den Angestellten der Gemeinde und ihrem Gewerkschaftsvertreter abhalten, um zu veranlassen, daß sie freiwillig auf einen Teil ihres Gehaltes verzichten, oder in eine niedrige Klasse sich versetzen lassen. Ein jeder wird wohl sagen, bei dem piept's wohl. Der hat ja auch eine reiche Schwiegermutter. Angestellte und Beamte, so einem habt Ihr Eure Stimme gegeben und mit solchen Leuten stimmt Ihr in der Gemeindevertretersitzung noch mit? Gebt ihnen die gebührende Antwort, damit ihnen das Wiederkommen vergeht. Die Gummitusche für Kollegen Wendsch steht bereit.

Brachstedt. Der Gemeindevorsteher Pirl ist schon des öfteren im „Klassenkampf" abkonterfeit worden. Er war es, der, sich auf Severings Erlaß berufend, die kommunistischen Gemeindevertreter ihrer Funktionen enthoben hat. Jetzt hat er, dieser Deutschnationale, mit seinem Freunde, dem Landwirt Ohme, sich ein Stück geleistet, das absolut nicht den von ihm sonst so geachteten Gesetzen entspricht. Er beschäftigte Arbeiter, die er unter Tarif bezahlte. Außerdem zahlte er ihnen von Gemeinde wegen die Arbeitslosenunterstützung weiter und meldete die Beschäftigten weder bei der Krankenkasse an, noch zahlte er Steuern für sie. Nicht etwa, daß die Arbeiter auf seinem Acker etwas davon profitiert hätten! Den Profit hatte er allein, und der Staat, in dessen Diensten er steht, hatte das Nachsehen. Aber der Staat verzichtet gern auf die Ehrlichkeit dieser schwarzweißroten Beamten, wenn diese nur recht tüchtig gegen Kommunisten vorgehen können. Ueber diese Tüchtigkeit verfügt Pirl allerdings in ausgedehntem Maße. So hat er die Verhaftung eines Arbeiters vollziehen lassen wollen, der in der Inflationszeit, weil ihm monatelang keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, gezwungen war, sich selbst Lebensmittel zu beschaffen. Es wurden verschiedene Male zwei Landjäger zu ihm geschickt. Da der Sohn dieses Arbeiters wegen dieser Sache für ein ganzes Jahr ins Gefängnis wandern mußte, und er, wenn ihm dasselbe Los zuteil würde, keine Möglichkeit sah, seine Familie zu ernähren, hat er sich der ihm nachstellenden Polizei entzogen. Darauf wurde der Frau des Genossen bedeutet, er möge kommen und seine Arbeitslosenunterstützung abholen. Die Frau ging selbst hin, bekam diese Unterstützung aber nicht. Und erst als sie die erdrückende Notlage schilderte, gabt man ihr die Erwerbslosenunterstützung für die Kinder. Darauf stellte sie den Antrag auf Armenunterstützung, der von Pirl unter allerlei Ausreden abgelehnt wurde. Daß aber dieses „Ubholen der Arbeitslosenunterstützung" nur eine Finte war, um des Proleten habhaft zu werden, bewies die Anwesenheit von zwei Polizisten in dem Amtszimmer. Der deutschnationale Gemeindevorsteher Pirl hat allen Grund, sich gegen arme Proletarierfrauen anständig zu verhalten. Seine Durchstecherei ist gewiß nicht dazu angetan, ihm das Zeichen eines neutralen und anständigen Gemeindevorstehers aufzuprägen.

Aus der Provinz

Die Großagrarier in Not!

In den letzten Tagen fanden in fast allen Kreisen unseres Bezirkes **Protestversammlungen des Landbundes** statt „gegen die Steuer- und Zollpolitik der jetzigen Regierung". Der Landbund ist bekanntlich die ausgesprochene Vertretung der Großagrarier, die in dieser Organisation auch einen ganzen Teil mittlerer und kleinerer Bauern vereinigt haben. Es ist Sache der Arbeiter, daß sie einmal die Forderungen und Ziele dieser Organisation kennen lernen. Es muß auch ihre Aufgabe sein, durch fortwährende **Agitation unter den Kleinbauern** diese auf die Methoden der Großagrarier aufmerksam zu machen.

Wir wollen im folgenden einige Stilblüten von den Reden und Resolutionen dieser Tagungen herausgreifen. Es sind in allen diesen Versammlungen gleiche Themas behandelt und gleiche Resolutionen angenommen worden. Ein Hauptthema war ein Vortrag über: **„Der Zusammenbruch des Nährstandes."** Die Herren Großagrarier halten sich nämlich für den „Nährstand des Volkes", obwohl sie eigentlich gar nichts damit zu tun haben. Wohl ist die Landwirtschaft der Volksernährer, aber doch nicht etwa die Besitzer der Güter und Domänen, sondern doch nur ihre Landarbeiter und die leider immer noch den Junkerwagen ziehenden **Kleinbauern.** Die ganzen Tagungen drehen sich vorwiegend um Schutzzölle, gegen **Steuern und um die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.** Doch auch über das Dawes-Gutachten wurde geschimpft. In ihrer Entschließung stellen die deutschvölkischen Agrarier fest,

daß der Nährstand zusammengebrochen ist, daß dies durch falsche Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik herbeigeführt worden ist, daß sie in Zukunft ihr Land nicht mehr ordnungsgemäß bestellen können und gezwungen sind, ihre Wirtschaft von der Massenproduktion auf die Selbsterhaltung umzustellen.

Sie stellen dann frech und zynisch fest:

daß dies im nächsten Jahre für ganz Deutschland die Hungersnot bedeutet!

Was soll das anders sein als **Sabotage an der Volksernährung?** Die eingebrachte Entschließung ist von einer Anzahl Rittergutsbesitzer, Domänenpächter und größerer Landwirte unterzeichnet. Diese wollen uns doch nicht etwa weismachen, daß sie Not leiden?

Die Großagrarier können sich aber auch ganz gut in die elende Lage versetzen, in der die Kleinbauern leben. Um diese nun nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern um sie bei der Stange zu halten, gebrauchen sie in ihrer Entschließung auch ganz radikale Worte. Sie betonen im Anschluß an das Dawes-Gutachten:

„Wir sind es aber satt, uns ferner ausbeuten und proletarisieren zu lassen, um als hilflose Sklaven Frondienste für das internationale Kapital zu leisten!"

Bravo, könnte man sagen! Das, was hier die Großagrarier schreiben, ist Tatsache, und kann sich jeder Kleinbauer und Landwirt vor Augen führen. Die Annahme und Durchführung des Dawes-Planes bedeutet für dieselben Ausbeutung und Proletarisierung und zwingt sie, als hilflose Sklaven Frondienste für das internationale Kapital (einschließlich des deutschen) zu leisten. Lange jedoch hält die Konsequenz der Großagrarier nicht an, denn nun kommt alles das, was sie auf Grund ihrer Feststellungen fordern. Es heißt also weiter:

Wir fordern daher ausreichenden polizeilichen Schutz für die Bergung der Ernte!

Das also ist ihre erste Forderung gegen die Proletarisierung. Die Verfasser der Entschließung waren ungeschickt, indem sie diesen Punkt gerade als erste Forderung aufstellen. Das zeigt uns den ganzen Gedankengang der Großagrarier. Sie wissen, daß die Durchführung des Dawes-Planes **erhöhte Ausbeutung und Verelendung für die proletarischen Schichten einschließlich der Kleinbauern bedeutet.** Sie haben weiter mit deutlicher Offenheit gesagt, daß sie (als Deutschnationale) die politische Macht im Staate erobern wollen mit Hilfe ihrer Aushungerungsmethode und anderen Mitteln. Daß das **Proletariat bei diesem Zweifrontenangriff nicht stillsteht, sondern sich nach Möglichkeit wehrt,** versteht sich ganz folgerichtig. Da sie nun nach ihren Aussagen ihre Produktion auf die Selbsterhaltung umstellen wollen, sind sie natürlich **bange, daß die ausgehungerten Proletarier ihnen das zur eignen Ernährung angebaute Getreide, Kartoffeln usw. streitig machen und deshalb fordern sie Polizei! Das ist der Plan der sauberen Großagrarier!** Nachdem sie alle ihre Forderungen aufgezählt haben, u. a. Steuerfreiheit, Kredite, nationale Regierung usw., beschließen sie **als erste praktische Maßnahme zur Durchführung ihres Planes:**

1. Gemeinsam und geschlossen um Stundung sämtlicher Steuern für die nächsten zwei Monate einzukommen.
2. Bis auf weiteres keinen Zentner Kunstdünger für die kommende Ernte, keine neuen Maschinen mehr zu kaufen, bis man der Landwirtschaft durch Gesetzmaßnahmen Garantien gegeben hat, daß sich ihre Arbeit und Aufwendungen wieder lohnen.

Mit aller Deutlichkeit beschreiten die Großagrarier praktisch den Weg, der **zur Aushungerung der Volksmassen** führen soll.

Arbeiter und Kleinbauern! Das geht Euch an! Es darf nicht gelingen, daß diese Herrschaften die Kleinbauern vor ihren Wagen spannen. Es gibt ein ausgezeichnetes Mittel gegen die Pläne der Großagrarier, das ist der

Sozialisierungsentwurf der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Gegen die Aushungerungsabsichten der Großagrarier ihre Enteignung durch das Proletariat!

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Achtung, Rote Frontkämpfer! Die Zusammenkunft der Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes findet am Sonntag früh um 8 Uhr (nicht um 7 Uhr) in der „Funkenburg" statt.

Schkeuditz. Sonntag, den 24. August, Ausflug nach Oberthau. Alle Genossinnen, Genossen, die Jugend- und die Kindergruppe, treffen sich um 1 Uhr am Wasserwerk. Sympathisierende sind mitzubringen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Ein kleiner Kommunistenprozeß in Vorbereitung

Als am 27. Februar d. J. in **Weißenfels** nach Schluß einer Aufführung der Hallischen Kulturvereinigung sich die Besucher in der Stadt (Saalstraße, Jüdenstraße) bewegten, wurden sie von dem damaligen Sipomajor mit **Säbelhieben auseinandergetrieben.** Es kamen dann noch mehr Schupo dazu, und ohne jeden Grund wurden Verhaftungen vorgenommen. Diese Vorgänge sind der Anlaß zu einem Prozeß, welcher am 29. August vor dem hiesigen Amtsgericht zur Verhandlung kommt. Die **Anklage lautet auf Widerstand und Lärm. Angeklagt sind neun, zum Teil jugendliche Arbeiter.** Der Anklageschrift ist noch folgendes zu entnehmen: Die Angeklagten hätten an einem Umzuge unter freiem Himmel teilgenommen. Zwei Angeklagte hätten, als sie bereits festgenommen waren, versucht, sich zweimal loszureißen. Weitere drei Angeklagte (die zwei vorigen mit) sollen durch eine weitere selbständige Handlung „ruhestörenden Lärm" verursacht haben. — Vergehen und Uebertretung gegen die Verordnung des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos IV vom 27. September 1923 in Verbindung mit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923. Es sind dann ein Dutzend Paragraphen aufgeführt. Als Zeugen werden erscheinen Polizeimajor Klingelhage sowie vier Polizeiwachtmeister. Man muß sagen, daß die Gründe zu diesem Prozeß sehr fadenscheinige sind. Wenn Menschen von einer Veranstaltung kommen, ist es klar, daß sich nicht jeder halbieren kann. Man konnte die Leute ruhig nach Hause gehen lassen. Aber der stets hitzige alte Haudegen konnte es nicht unterlassen, die Leute zu provozieren. Als dann einige empörte Rufe laut wurden, schlug er mit blanker Waffe um sich. Bei der bekannten einseitigen Einstellung unserer heutigen Justiz kann man sich schon denken, wie der Prozeß verläuft, denn die Arbeiterschaft hat ja kein Recht im Klassenstaat. Sie werden solange kein Recht haben, bis sie sich die wahre Freiheit erkämpft haben. Wir werden über den Verlauf des Prozesses noch berichten.

Weißenfels. Aus der Partei. Wir verweisen nochmals auf die heute abend 8 Uhr im „Volkshaus" (Wintergarten) stattfindende Mitgliederversammlung. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Langendorf. Reaktionäre Lehrer und Geistliche im Kampfe gegen Arbeiterturner. In unserem Orte bestehen zwei Turnvereine. Ein teutscher (Louis Bethmann) und ein Arbeiter-Turn- und Sportverein. Beide Vereine pflegen das Kindertturnen. Der Arbeiter-Turnverein hat eine Schüler- und Schülerinnenabteilung von rund 100 Teilnehmern. Das paßt natürlich einigen Herren Lehrern und auch dem Herrn Geheimrat nicht in den Kram. Mit allerhand Liebenswürdigkeiten werden unsere Schüler und Schülerinnen bedacht. Herr Forner, Langendorf, nimmt auch eine recht eigenartige Stellung ein. Wenn z. B. Sonntags unsere Schüler einen Ausflug gemacht haben, heißt es am Montag: Nun, seid Ihr von Eurem Lotterganze wieder zurück? usw. Zu den „Teutschen" sagt man: Nun, Kinderchens, von Eurem Ausflug wieder zurück? Habt Ihr Euch schön amüsiert? Herr Löther, Obergreißlau, Mitglied bei den Teutschen, regt sich künstlich auf und droht den Kindern mit Prügel, weil sie auf dem Heimwege aus der Turnstunde singen. Unsere Kinder singen nun mit Vorliebe die Internationale. Daß es diesen Herren nicht paßt, dafür können wir doch nichts; wenn sie das Hakenkreuzlied singen würden, würde er jedenfalls sich nicht so aufregen. Herr Löther soll lieber in der Schule darauf achten, daß er seine Befugnisse nicht überschreitet, und daß die Kinder nicht während des Unterrichts zu allerhand häuslichen Arbeiten herangezogen werden. Wir fragen die Schulbehörde, ob das gestattet ist. Auch der Herr Geheimrat predigt seinen Konfirmanden: **Ihr dürft die Internationale nicht singen, das ziemt sich nicht; singt lieber „Deutschland über alles"** usw. Auch an Erwachsene wendet sich dieser Herr: „Sehen Sie mal, Ihre Eltern sind solche fromme Leute, und **Sie sind in einem solchen Verein, wo Sie nur verhohnübelt werden.** Wie schön ist es da in einem deutschen Turnverein, wo so recht das Deutschtum gepflegt wird!" Die Herren mögen sich gesagt sein lassen, mit solchen Mätzchen kriegt man die Arbeiterturner nicht klein; sie stehen fest zu ihrer Sache. Wir fordern alle Arbeiter auf, trotz alledem ihre Kinder, die Leibesübungen betreiben sollen oder wollen, zu dem Arbeiter-Turn- und Sportverein Langendorf zu schicken, denn da wird wirklich etwas geleistet. Davon wird der am 30. August im Gasthaus Untergreißlau stattfindende Werbeabend Zeugnis ablegen, desgleichen das am 31. August stattfindende Kinderfest, woran auch Kinder von Nichtmitgliedern teilnehmen können.

Granschütz. Achtung, Konsumgenossen! Zu der am morgigen Sonntagnachmittag 3 Uhr im „Preußischen Hof" in Hohenmölsen stattfindenden Generalversammlung des Konsumvereins Hohenmölsen-Teuchern müssen alle Genossen erscheinen. Es sind von unserer Seite vier Aufsichtsratsmitglieder zur Wahl vorgeschlagen, und zwar die Genossen Schlag-Deumen, Brauer-Teuchern, Hoppe-Hohenmölsen und Rödiger-Granschütz.

Teuchern. Konsumverein. Sonntag, den 24. August, findet in Hohenmölsen die Generalversammlung des Konsumvereins Hohenmölsen-Teuchern statt. Pflicht eines jeden Genossenschafters von Teuchern und Umgegend ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Mankostrage in der Teucherner Filiale sowie Mißstände in anderen Verkaufsstellen müssen endlich geklärt werden. Die Verwaltung muß nun mit der Sprache heraus; es darf nicht mehr so weitergemuddelt werden. Also auf, Genossenschafter, kommt alle in die Versammlung und fordert Rechenschaft!

Kretzschau. Bürgerliche Sabotage gegen die Forderungen der Erwerbslosen auf Gewährung von Sonderunterstützung. Am vergangenen Donnerstag fand die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung statt. Sie war von der Arbeiterschaft außerordentlich stark besucht. Die Punkte 1 und 2 (Einführung der Gemeindevertreter und Prüfung der Wahl) gingen diesmal glatt vonstatten. Jedoch bei Punkt 3 (Antrag der Erwerbslosen auf Gewährung einer Sonderunterstützung) setzte von bürgerlicher Seite die Sabotage ein. Sofort nach Verlesung des Antrages meldete sich ihr Sprecher, Herr Voigt, und erhob Einspruch dagegen, „weil die Sitzung nicht ordnungsgemäß einberufen sei". Unsererseits wurde dies Verhalten gebührend gebrandmarkt. Auch aus dem Zuhörerraum fielen empörte Zwischenrufe. Diese Argumentation sollte ja nur als Vorwand dienen, um den Antrag illusorisch zu machen. Hieraus möge die Arbeiterschaft ersehen, wie diesen Herrschaften die Notlage der Erwerbslosen gleichgültig ist. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, dem 26. August statt. Erscheint alle wiederum recht zahlreich und überzeugt Euch, wer für Eure Forderungen eintritt.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Feuer. Am Donnerstagvormittag brach in dem Gehöft Grüner Weg 36 ein Feuer aus. Das Stallgebäude mit allen Futterartikeln fiel dem Feuer zum Opfer. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle; sie konnte nach reichlinger Tätigkeit wieder abrücken. Entstehungsursache: Selbstentzündung.

Eisdorf. Worte und Taten der Gottesdiener. „Kommt her zu mir alle, die Ihr mühselig und beladen seid, ich will Euch erquicken" oder „Wer zwei Röcke hat, der gebe dem einen, der keinen hat" und so ähnlich predigen die Herren Seelsorger alle Sonntage in der Kirche, in welcher allen gleiche Liebe zuteil werden soll. Statt dessen trat aber etwas anderes bei unserm Herrn Pfarrer zum Vorschein. Da die Pachtzeit der hiesigen Pfarräcker abgelaufen ist, wurde von einem Mitglied des Kirchenrats der Antrag gestellt, der Herr Pastor sowie die anderen Herren im Kirchenrat möchten sich doch der allgemeinen Not und der kümmerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der armen Kirchengemeinde annehmen und die zu verpachtenden 44 Morgen möglichst in kleinen Parzellen und zu mäßigem Preise an die Bewerber abgeben. Es hatten sich über hundert Ackerhungrige darum beworben. Aber was geschah? Es wurde in der Kirchenratssitzung mit sieben gegen zwei Stimmen der Beschluß gefaßt, den Acker meistbietend an alle, also auch Großgrundbesitzer, zu versteigern; auch konnte auf mehrere Parzellen geboten werden, und so fand denn am Abend des 14. August die Versteigerung statt. Der Herr Pfarrer verlas die vom Kirchenrat festgelegten Bedingungen und gab kund, daß etwa 30 Morgen Pfarracker zur Versteigerung kämen. Als die Besitzenden merkten, daß ein kleiner Mann manchmal zu mäßigem Preise eine Parzelle erwischen könnte, boten sie kräftig nach, so daß die ganze Verpachtung zur Wucherei ausartete; es wurden für eine Parzelle (zwei Morgen) bis zu 190 Mk. geboten. Einigen der Kleinen ist es gelungen, eine Parzelle zu erwischen; die überwiegende Mehrzahl der Parzellen ist wieder in den Besitz der notleidenden Großbauern ge-

Öffentliche Frontkämpfer-Versammlungen

Kreis Bitterfeld

Düben—Tornau—Schwemsal: Heute abend 8 Uhr, in Düben, Gasthof.

Greppin und Wolfen: Dienstag, den 26 August, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Düben. **Kreisvorstand RFB.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0006

kommen, die schon über Hunderte von Morgen ihr Eigen nennen. Der Effekt ist, daß fast 30 Parzellen die Großbauern erhielten; von den kleinen Leuten haben nur zwei oder drei ein Stückchen Land erhalten. Was ist aber mit den übrigen 14 Parzellen? Sind diese für den Herrn Pfarrer oder sonst jemand reserviert? Eine Frage danach wurde dahingehend beantwortet, das ginge niemandem etwas an. Nun, Ihr kleinen Leute der Gemeinde Eisdorf, hoffentlich trägt die von dem Seelsorger veranstaltete Komödie recht viel zur Aufklärung bei. Wie gepredigt und gehandelt wird, hat er zur Genüge gezeigt. So sieht das wahre Gesicht des Dieners des Herrn aus. Ja, ja, auch die Kirche hat einen hungrigen Magen, und auch die Pastoren sind unersättlich. Hoffentlich ziehen die Genasführten die Konsequenzen und lassen Kirche und Pfarrer künftig allein. Das Richtige wäre: Heraus aus der Kirche, aus dieser Verdummungsanstalt!

Bitterfeld-Delitzsch

Zum Meuchelmord bei Landsberg

wird uns berichtigend mitgeteilt, daß der Vorfall sich nicht in Landsberg, sondern in Reußen bei Landsberg ereignet hat.

Am Donnerstag hat unter zahlreicher Beteiligung der Arbeiterschaft die Beerdigung des von dem Flurhüter des Rittergutes Reußen ermordeten Genossen Freiberg stattgefunden. Im Trauerzug wurde eine Anzahl Kränze mit roten Schleifen mitgeführt. Die Grabrede des „Dieners in Christo" verursachte große Empörung. Seiner Meinung nach wäre Genosse Freiberg nicht ermordet worden, wenn „der Glaube an Gott lebendiger wäre". Er stellte die Tat als „bedauernswerten Vorfall" hin; sie als Mord zu bezeichnen, wagte er nicht. Es ist immer am besten, man läßt pastorlichen Schmus beiseite. „Glaube an Gott!" Glaubt etwa der Feldhüter an „Gott", wenn er einen Menschen ohne weiteres niederknallt? Und diese Leute gehen in die Kirche beten! Schon daraus erhellt der ganze Widersinn. Nein, wenn die Arbeiterschaft ihre Machterkenntnis auch richtig anwendet, dann erst werden solche Mordfälle nicht mehr zu verzeichnen sein. Nicht „Gott" kann den Proleten helfen, sondern sie müssen sich selbst helfen, sich selbst schützen. — Mit dem Gesange „Tod Folesom" nahmen die Arbeiter von dem Toten Abschied.

Wittenberg-Schweinitz

Gegen die Schandjustiz im schwarzrotgoldnen Deutschland

Am Mittwoch, dem 21. August, sprach in Wittenberg der Genosse Max Lademann vor den zahlreich erschienenen Wittenberger Arbeitern. Seine scharfen Worte, die dieses, jedes Rechtsempfinden vermissen lassende, verfluchte System geißelten, formten sich zu einer einzigen wuchtigen Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsunordnung. Oft unterbrachen die Ausführungen die empörten Zurufe der Versammlung. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen den sogenannten „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" und seine Lakaien. Die Empörung erreichte ihren Höhepunkt, als der Genosse Lademann betonte, daß diese ungeheuerlichen Urteile, die unter dem Vorsitz des be—rühmten Blut-Niedner einstimmig, also mit den Stimmen der sozialdemokratischen Laienrichter, gefällt worden sind. Die eineinhalbstündigen Ausführungen des Referenten klangen aus in die Aufforderung, sich einzureihen in die KPD., die allein den Kampf gegen diese Sauzustände führt, die nur beseitigt werden durch die Diktatur des Proletariats.

Nach einer kurzen Diskussion, in der u. a. auch das Verhalten der Wittenberger Schupo scharf gekennzeichnet wurde, wurde die eindrucksvolle Kundgebung mit Hochrufen auf die Kommunistische Partei, die eingekerkerten Opfer dieser Mordjustiz und unter Absingen der Internationale geschlossen.

Klein-Wittenberg-Piesteritz. Wozu die Schupo da ist! Die Schupo macht jetzt auf Angler Jagd. Wehe dem Arbeitslosen oder Familienvater, der sich ohne Angelkarte (diese kostet 14 Mk.) beim Angeln erwischen läßt. Es ist überhaupt eine Schmach, daß die Fischer, die für die Fischereinutzung nur ein Trinkgeld als Pacht bezahlen, auf Grund jahrhundertalter Vorrechte, für die Angelkarten so einen hohen Betrag von 9 bis 10 Mk. nehmen, außer Stempelgebühren und Buhnenkarte zum Betreten der Elbufer. Wo soll ein Familienvater den Betrag von 14 Mk. herbekommen? Vielleicht passen die „Schupos" auch einmal auf, wenn die Herren Fischermeister in verbotenen Gewässern fischen, wie Laichschonreviere usw. Aber dafür haben ja unsere Schupos keine Augen; die Hauptsache ist, recht vielen Proleten die Angelruten fortzunehmen und recht viel Anzeigen zu machen, dann macht man „Karriere"! Etwas mehr soziales Verständnis wäre am Platze.

Piesteritz. Kinderhilfsaktion der IAH. Im Arbeitsgebiet Piesteritz sind aus dem Ruhrgebiet annähernd hundert Kinder bis zu sieben Wochen untergebracht gewesen. Die Pflegeeltern bestanden zum größten Teil aus Arbeitern sowie Geschäftsleuten. Es muß festgestellt werden, daß die untergebrachten Kinder gute Aufnahme gefunden hatten. Ausgerüstet mit neuen Kleidungsstücken usw. konnte bereits der erste Transport Piesteritz verlassen. Auch der jetzige Transport, von dem fast alle neu ausgerüstet worden sind, legt Zeugnis ab von der praktischen Solidarität, die von den Eltern geübt worden ist. Diese Unterstützung ist zum Teil ganz besonders hoch zu werten, weil es sich um Personen handelt, die ihr Letztes hergaben, nur um ihrem Kinde eine Freude zu bereiten und dem schon zum Teil seit Jahren auf der Straße liegenden Vater eine Last abzunehmen. Die gute Verpflegung, das schöne Elbbad und sonstige Dinge, die den Ruhrkindern in ihrer schmutzigen Heimat wieder fehlen, werden diesen eine stete Erinnerung bleiben. Deshalb ist es auch zu verstehen, wenn sich die Kinder schon wieder nach ihrer Pflegestelle sehnen, was jedoch unmöglich ist, da noch genügend andere hilfsbedürftige Kinder vorhanden sind. Im übrigen kann man sich über die Behandlung und Verpflegung nur anerkennend aussprechen.

Arbeiter-Sport

SAC. Viktoria 08. Sonntag, den 24. August, spielen die Mannschaften von Viktoria auf dem Minerva-Platz, da der Sandanger nicht spielfähig ist. Es sind dies die ersten Serienspiele des SAC. Viktoria gegen Dürrenberg. Um 11 Uhr trifft sich Dürrenberg 1. Jugend gegen Viktoria 1. Jugend wie folgt: Knöchel 2, Meinhardt, Veiz, Walther, Otte, Müller, Böhme, Jähne, Seil, Recke, Knöchel 1; Ersatz: Küstenbrück. Die 2. Mannschaft gegen Dürrenberg 2. um 1 Uhr wie folgt: Wrinin, Markendorf, Kober, Werner, Unold, Schöne, Haban, Wiome, Huth, Warz, Nitius. Die 1. Mannschaft gegen Dürrenberg 1. um 4 Uhr wie folgt: Recke, Schauerhammer, Biering, Lüttich, Penold, Ulbrich, Münster, Schubert, Gessing, Zieger, Meyer 2. Die 2. Jugend gegen Minerva 2. Jugend um 10 Uhr auf dem Minerva-Platze in alter Aufstellung. Die 3. Mannschaft gegen Lettin 3. um 3 Uhr auf dem Lettiner Platz wie folgt: Meyer 1, Oguntke, E. Schubert, Jäh, Schick, Weis, Höppner, Maiseln, Roloß, Stöcklein, Meisel. Turnerinnen treffen alle aufgeführten Spieler um 9 Uhr in der „Eisbörse" zwecks Spielbesprechungen.

Arbeiter-Schwimmverein Halle. Morgen, Sonntag, findet in Wettin das erste Bezirks-Wasserfinorfest statt. Die Parole lautet für morgen für alle Schwimmgenossen: Auf, nach Wettin! Treffpunkt ½8 Uhr Hauptbahnhof. Das Fahrgeld beträgt für Jugendliche unter 20 Jahren 60 Pfennig. Heute abend Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Sportverein Kröllwitz. Sonnabend, 23. August, Mitgliederversammlung. Sonntag spielt die 1. Mannschaft in Ammendorf gegen Fichte 1. in folgender Aufstellung: Vogler, Mutterlose, Henze 1, Henze 2, Heß, Hunold, Brömme, Henze 3, Löhde, Sauer, Brockhaus. Treffpunkt 9 Uhr Riedeplatz. Anfang des Spieles 11 Uhr. Die 2. Mannschaft spielt ½1 Uhr in Ammendorf gegen Fichte 2. in folgender Aufstellung: Weber, Leiter, Fritz Schmidt, Fehse, Heß, Loel, Voigt, Gebhardt, Müser, Sabottge, Brömme; Ersatz: Willy Schmidt. Treffpunkt 10 Uhr Riedeplatz. Die 3. Mannschaft ist spielfrei!

Sportverein Wörmlitz. Sonntag spielt die 1. und 2. Elf ihre fälligen Serienspiele gegen Sportlust 07. auf dem Sportlust-Platze. Die 1. Elf spielt wie folgt: Hennig, Hermann, Görtke, Kopfker, Büchel, Engelhardt, Mertins, Bohnhardt, Koch, Böhme, Neumann. Spielzeit 4 Uhr. Treffpunkt ¼4 Uhr bei Thomas. 2. Elf: Hirsch, Kotsch, Emmrich, Mijer, Motta, Kathe 1, Kathe 2, Vogel, Gruse, Wernicke, Dahn. Spielzeit ½3 Uhr. Treffpunkt ¾2 Uhr dortselbst. Arbeiter, besucht die Spiele Eurer Klassengenossen, es wird auch dort guter Sport geboten.

Hertha 1., Cettin (2. Kl.). Unsere 1. Mannschaft spielte vergangenen Sonntag gegen BSV. Lettin 2. Obwohl BSV. für Hertha ein starker Gegner war, mußte sich BSV. mit 4 : 1 vor Hertha beugen. Am Sonntag, dem 24. August, fährt unsere 1. Mannschaft zum Serienspiel nach Merseburg mit folgender Aufstellung: Pfeiring, Benmann, Leiter, Jungsch, Zeitlhöfe, Rosenbaum, Großmann, Erhardt, Deparade, Höfner, Richter.

Gau 17, Bezirk 3 Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität. Am Sonntag, 24. August, findet in Alberstedt ein großes Sportfest statt. Alle Vereine müssen vertreten sein zwecks wichtiger Besprechung zum Gaufest am 30. und 31. August in Halle.

Hohenthurm-Rosenfeld. Am Sonntag, dem 31. August, findet in Hohenthurm-Rosenfeld in Gehrens Gasthof das Stiftungsfest des Turnvereins „Frei Heil" statt, und zwar der Gruppe 2, 6. Bezirk, 2. Kreis. Das Stiftungsfest ist verbunden mit leichtathletischen Wettkämpfen. Die Bezirksvereine werden gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen, da in Kürze ein Kriegerfest ebenfalls dort veranstaltet wird.

Verantwortlich: Marianne Gundermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Gegen Noskes Terror

Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion

Noske, Oberpräsident der Provinz Hannover, regiert in seinem Bereiche gegen die Kommunistische Partei völlig nach Willkür, unter höhnischer Verachtung selbst der geringen Schutzbestimmungen, die noch der Rest der Verfassung, Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung und Reichspressegesetz dem „Staatsbürger" bieten. Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung", das Blatt der hannoverschen Kommunisten, ist

von Noske in kurzer Zeit zum zehnten Male verboten,

und zwar auf die Dauer von einem Monat, nebst Kopfblättern und sogar Ersatzblättern. Begründet wurde das Verbot mit dem Republikschutzgesetz; als sich herausstellte, daß dieses zu solchen Verboten nicht ausreichte, wurde nachträglich einfach die Ebert-Verordnung zur Begründung herangezogen.

Nicht genug damit. Noske hat die Druckerei, in der die Zeitung hergestellt wird, unter Vorzensur gestellt, läßt ständlich die Räume der Kommunistischen Partei Hannovers durch Polizeibeamte durchsuchen, läßt alle ihm geeignet erscheinenden Parteimaterialien mitnehmen und seit einem vollen Monat alle Personen, welche das Haus verlassen, in dem sich die Parteiräume befinden, nach „verbotenen Schriften" durchsuchen. So werden täglich zahlreiche Personen, die das Gebäude verlassen, ohne auch nur das geringste mit der Partei zu tun zu haben, von den dauernd vor dem Gebäude postierten Schupobeamten in ihren Marktkörben, Haustaschen und Kleidungsstücken durchsucht. Auch der Reichstagsabgeordnete Reddermeyer sollte trotz Legitimation untersucht werden und ist erst auf Protest davon verschont geblieben.

Die Frau des Abgeordneten Katz wurde auf offener Straße von Schutzpolizeibeamten auf „verbotene Schriften" durchsucht. In allen kommunistischen Versammlungen läßt Noske ein größeres Polizeiaufgebot neben dem Redner aufmarschieren.

Alle Redner der Kommunistischen Partei sind von Noske unter Vorzensur gestellt,

sie werden von den Polizeioffizieren in den Versammlungen, insoweit solche geduldet werden, stets aufgefordert, über bestimmte Gegenstände nicht zu sprechen, andernfalls die Versammlung aufgelöst werde. Diese Zumutung ist auch an die Reichstagsabgeordnete Frau Golke und den Abgeordneten Katz gestellt worden. Meist freilich werden Versammlungen der Kommunistischen Partei einfach verboten, Flugblätter und Handzettel beschlagnahmt, ihre Aushänger und Verteiler verhaftet und aufs schwerste mißhandelt.

Für alle diese Maßnahmen sind rechtliche Grundlagen nicht vorhanden. Noske weiß das auch und gibt das offen zu. Er macht sich offen über „die Gesetze" lustig und erklärt jedem, der es hören will, daß die Minister ihm „sonstwas" können. Er verdanke seine Stellung nicht den Ministern, sondern die Minister ihre Stellung ihm. Und das ist richtig.

Noske weiß von seinen Ministern zu viel.

Der preußische Innenminister Severing ist daher nicht nur außer Willen, sondern auch außerstande, gegen Noskes Gewalt- und Willkürregiment einzuschreiten.

Noske greift auch willkürlich in die Justiz ein. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen sind während der Diktaturperiode des Winters 1923/24 auf Noskes Veranlassung in die Gefängnisse geworfen worden und schmachten bis heute hinter Kerkermauern, obwohl ihnen weder der Prozeß gemacht ist, noch auch nur eine Anklageschrift zugegangen ist.

Eine Broschüre über den Mörder Haarmann, deren Enthüllungen Noske unangenehm waren, wurde von Noske am 24. Juli 1924 beschlagnahmt. Am 24. August 1924, vormittags, wurde dem Abgeordneten Katz vom Amtsgericht und Staatsanwaltschaft Hannover mitgeteilt, daß von ihrer Seite eine Beschlagnahme bisher nicht erfolgt sei. Auf Schreiben dieser Tatsache erklärte das Polizeipräsidium, daß die gerichtliche Beschlagnahme-Verordnung in einigen Stunden ergehen werde. Die Verordnung kam jedoch erst am nächsten Tage und war — eine offenkundige Fälschung — mit dem 30. Juli datiert. Aber auch selbst bei dieser Fälschung hätte die Beschlagnahme durch Noske am 24. Juli noch nicht erfolgen dürfen. Selbstverständlich sind bei der Beschlagnahme und den täglichen Durchsuchungen der Parteiräume sämtliche bezüglichen Bestimmungen der Strafprozeßordnung außer Acht gelassen worden.

Am 28. Juli 1924 wurde eine Ferienkindergruppe der Kommunistischen Jugend Hannovers auf Befehl Noskes von Polizeibeamtest auf dem Heimwege vom Ausflug „auseinandergetrieben".

Drei Beamte waren so roh, mit blanker Waffe auf die Kinder loszuhauen.

Die Leiterin wurde von einem Beamten am Halse gewürgt und verlor die Besinnung, ein Leiter, der verhaftet werden sollte, fiel durch das brutale Auftreten der Polizei in schwere Herzkrämpfe. Dem Bemühen eines Samariters, der Zeuge von dem Polizeiüberfall war, gelang es, nach zweistündiger Behandlung, die bewußtlosen Leiter wieder zu sich zu bringen. Der verantwortliche Leiter, Peter Fischer, wurde verhaftet und geknebelt zur Wache geführt, wo er von den Beamten Rippenstöße und Fußtritte ausgeteilt erhielt.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Preußische Regierung zur sofortigen Entfernung und Bestrafung Noskes zu veranlassen?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um im Bereiche des Oberpräsidenten Noske das Willkürregiment zu beseitigen und wenigstens die „verfassungsmäßigen" Zustände wieder herzustellen?

Berlin, den 19. August 1924.

Sollmann über das Dawes-Gutachten

(rrp.) Der gewesene Innenminister Sollmann sprach in der vorigen Woche in einer Betriebsrätevollversammlung in Essen. Wir bringen nachstehend einige Einzelheiten aus dem Bericht der sozialdemokratischen „Essener Arbeiter-Zeitung":

„Das Gutachten ist ein rein kapitalistisches Dokument und kein Fünkchen von sozialem oder gar sozialistischem Geist kommen in diesem Gutachten zum Ausdruck. Was gerade für uns die Beurteilung des Gutachtens so hart und die Zustimmung so schwer macht, das ist die Tatsache, daß Deutschland auf wichtigen Gebieten seiner Politik, seiner Finanz und seiner Wirtschaft die eigene Bestimmung und die eigene Hoheit verliert."

Mit dieser späten Erkenntnis vergleiche man das, was die Sozialdemokratie noch vor einigen Wochen sagte. Da gab es kein Lob und kein Verdienst, das den Sachverständigen nicht angeschrieben wurde. Wir verweisen darauf, daß Herr Sollmann in höchsteigener Person in einer Betriebsräteversammlung in Köln am 16. Juli dieses Jahres ebenfalls das Sachverständigengutachten als die Rettung pries und sagte: „Die Entente habe ein Interesse am Aufblühen der deutschen Wirtschaft."

„Wenn wir trotzdem für dieses Gutachten eintreten, so aus dem Grunde, weil keiner einen anderen Ausweg wußte und unter dem Druck der Zwangsläufigkeit muß man es hinnehmen als ein unüberwindliches Uebel" sagte Sollmann weiter. Wie oft hat der schon das kleinere, unüberwindliche Uebel gewählt. Um nicht einen zu weiten Rückblick in seine Geschichtchen zu tun, erinnern wir nur daran, daß er im Kriege gegen Kriegerfrauen schrieb, die ihren Männern ihre Not klagten, anfangs vorigen Jahres die nationale Einheitsfront mit der Bourgeoisie predigte, in der „Rheinischen Zeitung" schrieb, auch er wäre, wenn in Berlin gewesen, hinter den alten Farben Schwarzweißrot hergelaufen, daß er nachher mit Stresemann den Ruhrkrieg beendete und vor der Triskolore kapitulierte, dem Ermächtigungsgesetz zustimmte und die Reichswehr nach Sachsen schickte, um die Ruhe und Ordnung, als das „kleinere Uebel", herzustellen.

Man sieht schon, Herr Sollmann hat eine bewegte Vergangenheit. In allen Sätteln gerecht, mit einer guten Witterung für politische Konjunkturen und Stimmungen und mit keinen Grundlagen belastet, jongliert er durch das heutige Deutschland, stark begehrt von der Bourgeoisie, sei es als kleiner Möchtegern-Mussolini, sei es als Prediger nationalsozialdemokratischer Tugenden oder anderer für die Bourgeoisie profitabler Dinge.

Daß er seine politische Heuchelei bis ins Widerwärtige steigern kann, bewies das, was er zum Schluß über den Achtstundentag sagte.

„Genosse Sollmann behandelte dann das Thema Achtstundentag und Gutachten und sagt, im Gutachten stehe kein Wort davon; daß die Arbeitszeit verlängert werden muß in Deutschland. Im Gegenteil wird erklärt, daß die Deutschen in sozialer Hinsicht nicht schlechter gestellt werden sollen, als die Arbeiter anderer Länder", schreibt die „Essener Arbeiter-Zeitung".

Man vergleiche damit, was er in der Mitte seines Referates sagte: „Kein Fünkchen usw." Die Arbeiterschaft ist nun nicht so vergeßlich, daß sie schon das letzte Jahr deutscher Geschichte vergessen hätte. Das Kapitel „Große Koalition". Wir wollen an dieser Stelle nicht in den Erinnerungen des letzten Jahres graben.

Das Kapitel Sollmann haben wir hier so ausführlich behandelt, weil er ja ein Typ so vieler Sozialdemokraten ist. Man kann annehmen, daß auf manche Führer der Sozialdemokratie das Wort von Heine zutrifft:

Gestern noch ein Held gewesen,
Ist man heute schon ein Schurke.

Nun, Herr Sollmann ist noch nie ein Held gewesen. Er hat immer gewußt, daß Treten nach unten und Bücken vor oben die Tugenden seien, die im Kapitalismus die Voraussetzungen für Ministerlaufbahnen und Wegweiser zu „hohen Zielen" sind.

DAS WORT

Heute Sondernummer: **Rußlands Sieg und Aufstieg.** Aus dem Inhalt der Nummer: Die völkerrechtliche Stellung der UdSSR. Sowjet-Rußland und das Sachverständigengutachten. Macdonald, Karl Marx und Rußland. Der deutsch-russische Konflikt und seine Konsequenzen. Die Aussichten des deutsch-russischen Geschäfts. Die Aufgaben der Sowjet-Presse. Kino und Film im SSR. Russisches Tagebuch. Das Leben im heutigen Moskau. Feuilleton: Erinnerungen an Lenin. Sven Hedin über Rußland. Der Aufwiegler und der Maurer (Gedicht).

Unsere Leser bitten wir, den August-Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen.

Postbezieher!

Gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf" sofort auf, dann trifft er ab 1. September pünktlich ein.

Der Verlag.

Freie Volksbühne, Merseburg
Sonntag, den 24. August:
Ausflug mit Musik
nach Döllnitz
daselbst Tanzkränzchen
wozu wir Freunde u. Gönner einladen
Abmarsch um 2 Uhr v. d. Waterloobrücke
854 Der Vorstand

Freitag 847
Schlachtefest
Zeitz, H. Wagner, Kleiner 11

Zeitungsträger
für Elobigkau per sof. gesucht.
Meldungen beim Gen. Haubenreiter, Gehlitz bei Mücheln.

Zeitungsträger
für Oberröblingen a. Helme für sofort gesucht. Zu melden bei Otto Schütze

Haustrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Paul Claus
Hallmarkt-Drogerie
Drehscheibe 2 249

Von der Reise zurück!
Dr. med. Paschen
Zahnarzt für Haut- u. Harnleiden
*260] Gr. Ulrichstr. 4, II

Zeitungsträger
für Wiehe (Bezirk Halle) für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Frau E. Tuschner in Wiehe melden.

PELZE
Am. Opossum . . . 19 Mk.
Austr. Opossum . . 61 „
Kreuzfuchs . . . . 18 „
Fahnl . . . . . 35 „
Polabkitze . . . . 16 „
Tibet . . . . . 38 „
Kanin . . . . . 3 „
*529 Zahlungserleichterung
Magazin zum Pfau
KLEINSCHMIEDEN ECKE GR. STEIN-STR.

Genossenschaft „Volkshaus", Eisleben
e. G. m. b. H.
Sonntag, 31. August, vorm. 9 Uhr, im „Volkshaus":
Halbjahrs-Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsberichte: a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) des Aufsichtsrates; d) der Revisoren
2. Anträge 181
3. Verschiedenes
Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur den Mitgliedern der Genossenschaft gestattet
Eisleben, den 22. August 1924
Der Aufsichtsrat. J. A.: Strauß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Kampflied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

(Melodie: „Hakenkreuz am Stahlhelm.")

Genossen, reicht Euch die Hände, fest woll'n zusammen wir steh'n,
Mag man uns auch verspotten, der Geist darf nicht untergeh'n:
Noske-Geist im Herzen, schwarzrotgoldnes Band,
Bund der Pappsoldaten werden wir genannt!

Stolz weht der Pleitegeier auf unserm Schlachtpanier,
Und erst die Stinnes-Farben sind unsre schönste Zier:
SPD.-Parteibuch, schwarzrotgoldnes Band,
Runge-Knüppelgarde werden wir genannt!

Bald soll die Welt erkennen, was wir als Ziel erkor'n,
Mag man uns Papphelm nennen, wir haben Treu geschwor'n:
Ebert, Seeckt und Stinnes, einig Hand in Hand,
Schwarz-Rot-Gold Reichsbanner werden wir zenannt.

Drum, Bonzen, reicht Euch die Hände, Noskes Geist voran,
Tod allen Spartakisten, sonst sind wir abgetan.
Hitler! Stahlhelm! Wehrwolf! Helft dem Vaterland!
Schwarz-Rot-Gold Reichsbanner reichet Euch die Hand!

Ein „Ulanentag"

oder

Die Folgen eines Deutschen Tages nach System Duesterberg in einem Spreestädtchen

Von Hugo Tlustek

(Fortsetzung)

Ein paar Jungen spritzten vor und trugen die Stücke in den Papierkorb. Ein Junge behielt für sich einige Stücke. Andere meinten: „Du willst sie Dir wohl zum Andenken behalten?" Und der Schulmeister sagte dazu scherzweise: „Na ja, kannst sie Dir ja zum Andenken behalten. Mach Dir'n rotes Bändchen rum und hänge sie auf." — Furchtbar! Man denke! Ein blutrotes Bändchen, das doch jeden Stier und Truthahn aufreizt!

Diese geradezu ungeheuerlichen Vorgänge in einer Schulklasse ließen den braven „teutschen" Vater eines Jungen nicht ruhig schlafen. Und hier wird die Geschichte tragisch.

Der Junge, der in der vorigen Klasse wegen Faulheit — denn so etwas gibt es, ist aber kein Wunder bei der „Paukerei" — Letzter geblieben war, konnte nicht versetzt werden. Und der Schulmeister hatte es so gut gemeint und zum Vater gesagt: „Es hat keinen Zweck, den Jungen abzuquälen. Nehmen Sie ihn raus. Denken Sie an die Gesundheit Ihres Kindes. In der Volksschule lernt er mehr als hier, wo er wohl kaum weiterkommt. Es ist eine Unmöglichkeit, den Jungen bei den unzureichenden Klassenleistungen zu versetzen." Und der Vater bekam einen Groll gegen den Lehrer, bildete sich ein, daß sein Sohn doch noch versetzt werden könne und legte das in den Bereich der Bestimmung durch den Lehrer. Denn der Vater kann ja das Schulgeld bezahlen. Und der Sohn soll doch durchaus eine höhere Schulbildung genießen. Denn dann hat er bessere Chancen bei seinem Eintritt ins bürgerliche Leben und bekommt auch mal eine bessere Stellung.

Also der Vater macht eine Anzeige. Und diese Anzeige kommt wie gerufen, denn man hat über diesen Schulmeister schon Verschiedenes gehört.

Am Donnerstag nach dem denkwürdigen „Ulanentage" erschien nachmittags um vier Uhr ein Herr in Begleitung eines Hundes in der Wohnung des Schulmeisters.

„Herr R.?"

„Ja."

„Ich bin Kriminalbeamter."

„Bitte, treten Sie ein! Wer sind Sie?"

„Kriminalbeamter. Hier mein Ausweis. Sie möchten zu einer Feststellung zur Polizeiwache kommen."

„Bitte, nehmen Sie Platz! Ich will mich nur schnell umziehen."

Und dann ging der Schulmeister in gänzlich unbefangener Weise mit. Bild: Polizeihund, Kriminalbeamter, Sistierter.

Auf der Polizeiwache wird der Schulmeister in ein größeres Zimmer nebenan gewiesen. Da sitzt ein Herr in Uniform am Tische und blättert in einem Buche. Wohl ein Gesetzbuch. Der Schulmeister geht sorglos einige Male wartend auf und ab.

Der Polizeibeamte, ein Polizeisekretär, nach einer Weile: „Herr R.?"

„Ja."

Der Polizeibeamte blättert in einem Aktenstück.

„Sie sind nach Paragraph — angeklagt wegen Aufruhrs und wegen Vergehens gegen die Gesetze der Republik. Sie haben am Montag in der Klasse in der ersten Unterrichtsstunde vor den Kindern Aeußerungen getan, die Aufreizung sind."

Der Schulmeister: „Gestatten Sie, daß ich mir einige Notizen mache." Er zieht seinen Notizblock heraus und schreibt weiterhin einiges auf. Und diese Notizen hat man dann noch als „belastende Aufzeichnungen" angesehen.

Der Beamte, fortfahrend: „Sie haben von Ueberfällen der Schupo gesprochen und erzählt, wie die Verhafteten in den Zellen verhauen worden wären. Sie haben gesagt, der Sonntag sei ein Schandtag für die Stadt. Am Feuerwehrdepot sei einer so geschlagen worden, daß er liegen geblieben sei. Das haben Sie selbst gesehen. Dann aber haben Sie vor der Klasse den Rohrstock zerbrochen und zu den Jungen gesagt: Hebt Euch die Stücke zum Andenken an den 18. Mai auf und steckt Euch daran rote Fähnchen. Ein Junge fehlte in der Klasse. Da haben Sie gesagt: Den hat die Schupo auch verhauen."

Na, das war ja gleich ein bißchen viel.

Der Schulmeister entgegnete, daß der Sachverhalt ganz anders sei. „Ich stehe als Lehrer in einem ganz anderen Verhältnis zu den Schülern, als sonst üblich. Die Schüler selbst haben mir, aufgeregt durch die Ereignisse von Sonnabend und Sonntag, dies und jenes gesprächsweise erzählt."

Inzwischen kommt noch ein anderer Polizeibeamter ins Zimmer — die Tür zum Wachezimmer stand offen — und mischt sich in die augenscheinliche Vernehmung, die aber nicht zu Protokoll genommen wird.

„Was, aufgeregt?" sagt der hinzutretende Beamte, „von was denn? Sie haben auch die Polizei schlecht gemacht. Es ist überhaupt keiner geschlagen worden. In der ganzen Stadt ist am Sonntag auch nicht ein Tropfen Blut geflossen."

Na, und dann machten beide Herren Polizeibeamten dem armen Schulmeisterlein Vorhaltungen bezüglich seiner offensichtlich falschen pädagogischen Tätigkeit. Und da kam dann die entstellte Stockgeschichte. Und alles wies der Schulmeister natürlich zurück. „Ich weiß wohl allein am besten, was ich als Lehrer zu tun habe."

Der hinzugekommene Beamte: „Das scheinen Sie eben nicht zu wissen."

Der Polizeisekretär: „Wir Polizeibeamten haben doch einen Dienst, der mindestens ebenso schwer ist wie der Lehrerberuf."

Und nun erklärte der Herr Polizeisekretär den Schulmeister für verhaftet. Er wurde aufgefordert, in das Wachezimmer zu gehen. Dort mußte er alles abgeben, was er in den Taschen bei sich trug: Brieftasche, Notizblock, drei Bleistifte, drei Kastanien, eine Taschenschere, ein Taschenmesser, Uhr Schlüssel. Außerdem mußte er Kragen, Schlips und Vorhemd ablegen. Taschentuch durfte er behalten. Doch die Hosenträger sollten abgenommen werden. Man hat es dann aber wohl bei der nochmaligen Leibesvisitation übersehen.

Von einem Polizisten wurde dann der Schulmeister in eine dreieckig aussehende Haftzelle der Polizei gebracht.

Und da saß er nun auf dem Holzschemel, und seine Blicke gingen von der Holzpritsche bis an die gegenüberliegende Wand hoch oben zum Loch, welches das nach dem Hof zu gehende Fenster bildete, vom Deckloch für Bedürfnißzwecke in der Ecke zur verschlossenen und verriegelten Tür. Und feuchtkalt war es in der Zelle. Und die Gedanken gingen zu allen den Verhafteten, die hier am Sonntag eingesperrt waren.

Nach einigen Stunden wurde der Schulmeister wieder aus der Zelle herausgeholt, erhielt im Wachezimmer die abgelieferten Gegenstände zurück und wurde nach dem Amtsgerichtsgefängnis überführt. Im Amtsgerichtsgefängnis fand die übliche steckbriefliche Aufnahme statt. Alle Gegenstände in den Taschen mußten wieder abgeliefert werden. Die Taschenuhr zeigte sechs Uhr fünf Minuten. Und dann schloß sich hinter ihm die Tür der Haftzelle Nr. 7, nachdem ihm noch Instruktionen über Ordnung und Verhalten in der Zelle erteilt worden waren. Die Bitte, ihm wenigstens doch Papier und Schreibzeug zu geben, um seine über die Verhaftung völlig in Unwissenheit befindliche Frau zu benachrichtigen, wurde abgelehnt, weil das erst am nächsten Tage nach der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter erfolgen könne.

Gefangen. Sechs Schritte auf, sechs Schritte ab, sechs Schritte auf, sechs Schritte ab. Dann wieder auf dem Holzschemel niedergesetzt. Der Blick sucht vergebens durchs Gitterfenster mit Rillglas den blauen Himmel. Doch halt. Oben links in der Ecke, da ist ein ganz winzig Stückchen von der äußeren Scheibe abgesprungen. Und durch diesen Ritz sieht er ein ganz klein Stückchen vom blauen Himmel und etwas von einem grünen Blatte. Und ein Fink singt sein Lied, und eine Drossel kommt dazu zu einem Duett. Was will der Schulmeister noch mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Bücher

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24

Dieser zweite Jahrgang des Jahrbuches (978 Seiten, mit zwölf Chroniken) etwa 320 Tabellen, 6 graphischen Darstellungen und 6 farbigen Karten, Preis 10 Mk.) ist keine Wiederholung des ersten, sondern wurde zu einem neuen Buche gestaltet, wobei die Erfahrungen und die Kritik des ersten Jahrganges zum Teil Berücksichtigung fanden. Die Hauptänderung besteht darin, daß die historischen Teile weggelassen wurden und in der Darstellung der einzelnen Zusammenhänge nicht mehr auf die Vorkriegs- und Kriegszeit zurückgegriffen wurde. Dagegen war die Redaktion bestrebt, Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung der letzten zwei Jahre schärfer und ausführlicher herauszuarbeiten. Gegenüber dem ersten Jahrgange ist diesmal der außenpolitische Teil erweitert worden, indem spezielle Aufsätze über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und dem nahen Osten wie auch eine besondere Abhandlung über die militärischen Verhältnisse der wichtigsten, imperialistischen Mächte aufgenommen wurde. Als Neuerung sind in einem besonderen Aufsatz die wichtigsten statistischen Daten der großen Mächte zusammengefaßt, um einen raschen Vergleich ihrer ökonomischen und militärischen Stärke zu ermöglichen.

Die statistischen Tabellen sind fast alle neu geordnet. Vor allem wurden die Erklärungen, die den ökonomischen Sinn der Tabelle enthalten, vor den statistischen Tabellen gegeben, und dieselben von den Anmerkungen zu den Tabellen getrennt. Die Redaktion bezweckt damit, dem Leser den Anreiz zu geben, auch das Zahlenmaterial selbst aufmerksam durchzuarbeiten.

Der Wirtschaftsteil des Jahrbuches ist von Varga, die deutsche Parteibewegung von Thalheimer bearbeitet. Wir werden die einzelnen Kapitel noch ausführlich besprechen.

*

Die Justiz im besetzten Gebiet

Im besetzten Gebiet arbeitet die Justiz der Besatzungsbehörden mit den Polizeibehörden Severings Hand in Hand. Das wurde besonders deutlich in dem Mainzer Kommunistenprozeß, in dem französische Soldaten, französische Jugendgenossen und deutsche Arbeiter und Jugendgenossen sich gemeinsam vor einem französischen Kriegsgericht zu verantworten hatten. Verlauf und Resultat dieses aufsehenerregenden Prozesses wird jetzt als Heft 2 der „Dokumente der Klassenjustiz" im Auftrage der KPD. von der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten (Berlin, 40 Seiten, Preis 30 Pf.) unter dem Titel „Der Mainzer Antimilitaristenprozeß" veröffentlicht. Auf Grund der Anklageschrift wird in der lesenswerten Broschüre festgestellt: „In einer Zeit, wo in Deutschland jede Feststellung illegaler Verbände der Faszisten als Landesverrat zu gunsten der Franzosen geahndet wird, arbeiten deutsche und französische Polizisten einmütig, die Arbeiterbewegung zu bekämpfen, die Verbreitung revolutionärer Ideen unter den Besatzungstruppen zu verhindern."

In der Anklageschrift wird in mehreren Fällen festgestellt, daß deutsche Polizisten Flugblätter zur Verbreitung unter den Besatzungstruppen in den Wohnungen oder während des Anklebens beschlagnahmt und die Verbreiter verhaftet haben.

*

„Die Entwicklung des russischen Eisenbahnerverbandes"

Trotz ihres geringen Umfanges von 32 Seiten (Preis 0,15 Rf.), Verlag der RGZ., ist diese Broschüre des Genossen Schachnowitz von ungeheurer Wichtigkeit. Sie bringt die Geschichte des russischen Eisenbahnerverbandes. Die Kämpfe der Eisenbahner und der Revolution von 1905, in der Zeit der Verfolgung der Arbeiterschaft bis 1917, sie geben ein treffendes Spiegelbild der Entwicklung der russischen Arbeiterklasse überhaupt. Unsere Genossen müssen dieses Heft, das auch zur Frage des Industrieverbandes der russischen Eisenbahner Stellung nimmt, als Werbematerial unter den indifferenten Eisenbahnern und als Instruktionsmaterial für ihre eigene Tätigkeit verwenden.

---

* **Der Weiße Henker schreibt Memoiren.** Der russische Weißgardisten-General Denikin arbeitet an einer „Geschichte der russischen Gegenrevolution" auf Grund eines großen Dokumenten- und Aktenmaterials. Drei Bände des Werkes sind bereits fertiggestellt und werden im Herbst von einer Berliner Verlagsgesellschaft in Berlin herausgebracht werden. — Es ist selbstverständlich, daß der Henker vieler Tausender von russischen Revolutionären in Deutschland, dem klassischen Land der Kapitalistendemokratie, seine Memoiren veröffentlichen darf. Die Sozialdemokratie wird dann wenigstens „Material" für ihre Bolschewistenhetze bekommen.

Verschwörer und Revolutionäre

26]

Von Michael Kaniowski

Es entstand eine jugendliche Spannung in uns und wir wurden frühlingstrunken alle drei; in der frohesten Stimmung fuhren wir nach Odessa.

Es kam ein neuer Frühling für unsere Gruppen, fröhliche Tage des Aufblühens: von Verhaftung war nichts zu hören. Die Tage vergingen unter fortwährenden Vorbereitungen. Alle Augenblicke kam jemand, der einen Paß brauchte, Bücher haben wollte, oder nach Adressen fragte in der Stadt, in welche er fuhr. Unter uns gab es damals mehrere Liebespaare, die in jugendlichem Feuer entflammt, ihr ganzes Glück auf die Sache übertrugen. An Gefahren dachten wir nicht und freuten uns über den geringsten Erfolg. Ich denke noch an die Rührung, die uns ergriff, als Cyprianoff von seiner Rundfahrt zurückkam. Er war als Sägemüller von Dorf zu Dorf gezogen und suchte Arbeit. In seinem Rucksack führte er einige Dutzend Broschüren mit, die wir damals vertrieben, vor allen anderen den „Lustigen Mechanismus" von Kramwischinski, welches Büchlein damals in allen Prozessen gegen uns eine Rolle spielte. Er erzählte, wie er in einem Dorfe in einer Scheune auf Heu hatte übernachten müssen, zusammen mit einem klugen, jungen Dorfburschen, mit dem er sich über dies und jenes unterhielt. Als schließlich der Junge ein wenig Vertrauen zu ihm gefaßt hatte, zog er aus seinem Brustbeutel ein zerlesenes, verschmutztes Büchlein hervor: Auf Brüder! Ich konnte mich nicht enthalten ihn zu umarmen — erzählte Cypranoff — und bat ihn, das Büchlein gegen ein anderes von mir einzutauschen, den „Lustigen Mechanismus" habe ich ihm noch zugegeben. Mit Rührung betrachteten wir das Büchlein, das seine Sendung schon vollbracht hatte. Es erschien uns geheiligt durch diese Berührung mit dem Volke, und seine Worte schienen uns tiefer und ernster, seitdem wir wußten, daß die Augen eines einfachen Arbeiters voller Vertrauen darauf geruht hatten. Diese Worte hatten schon ihr eigenes Leben von Mund zu Mund dort draußen in der grauen Menge.

Die meisten unserer Genossen waren noch junge Anfänger, ich allein war ein wenig älter, vor allen Dingen aber umgab mich in ihren Augen der Nimbus des Kämpfers der heiligen Pariser Kommune. Mir dachte man die Führerrolle zu in dem uns bevorstehenden Straßenkampfe. Im Grunde aber dachten wir damals weniger an diesen Kampf, unser hauptsächlichstes Ziel war das Land, die Propaganda auf den Dörfern. Die offizielle Welt der Beamten und des Militärs existierte für uns nur dank der Passivität der großen Massen; sowie das Volk erwacht — dachten wir —, schüttelt es dies Joch einfach ab.

Es waren sonderbare Zeiten, diese Jahre, wo die Jugend beiderlei Geschlechts zu Tausenden Haus, Familie und Vermögen verließ, um ins Volk zu gehen, mit ihm zu arbeiten und sich ganz mit ihm zu verschmelzen, um sein Gewissen und sein Wollen zu werden. Ich denke da an manche teure Gestalt, die in der Etappe umkam, in der einsamen Zelle irrsinnig wurde, auf dem Galgen endete oder in Sibirien in der Zwangsarbeit ihr Leben verlor. Diese Helden waren es gerade, die damals im Lenz der Bewegung diese klare, tristellene, frohe Atmosphäre schufen, so daß keiner, der irgendwie mit ihnen in Berührung kam, nicht angesteckt wurde von ihrem festen Willen zum Kampf für das Volk. Ihr persönliches Glück sahen diese Menschen nur in ihrer Arbeit und in dem Verzicht auf alle bürgerlichen Freuden. Um sie zu begreifen, muß man sich eben freimachen können von allen Dingen, welche sonst das Leben regieren, frei werden d. h. nicht Sklave seines Besitzes zu sein. Und äußere Dinge hatten in unserem Leben wenig Geltung. Broschüren, Flugblätter, Pässe, das waren Sachen, die für uns Wert besaßen; unser Geld gehörte selbstverständlich der allgemeinen Sache. Wir lebten sehr einfach. Aber es irrt sich der Bürger, wenn er unser Dasein sich freudlos vorstellt.

Der Winter wurde mit Vorbereitungen zugebracht; im Frühjahr sollte dann die Bewegung beginnen. Eilig bereiteten wir uns für unsere Arbeit vor, sammelten Nachrichten von den Dörfern, lernten die verschiedensten Handwerke. Regelmäßig liefen die wöchentlichen Transporte ein an Broschüren, Flugblättern und Zeitschriften. Die Gruppen standen untereinander in fester Verbindung.

Auf neutralem Gebiet entbrannten dann heftige Diskussionen mit den anderen Kreisen der Studentenschaft: Erörterungen, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten, die oft die ganze Nacht bis zum hellen Tag dauerten. Es gab damals viel Schattierungen, Parteien und Gruppen, an deren Unterschiede ich mich heute nicht mehr erinnere.

Diese Diskussionen übten auf Ola einen großen Einfluß aus, ihre Augen weiteten sich dann und bekamen einen sonderbaren Glanz. In wenigen Tagen war es ihr gelungen, in unsere Gedankenwelt einzudringen und mit unseren Gedanken zu denken. Wir bewohnten zwei saubere Zimmer, deren Fenster auf die See hinausgingen. Cyprianoff setzte alle Welt in Erstaunen, als er uns ein Dutzend Blumentöpfe verehrte.

Cyprianoff hatte eine hohe Stirn, ein etwas unregelmäßiges Gesicht und traurige, ernste Augen, er war schön, weil sein Antlitz ein ununterbrochenes Arbeiten seiner Gedanken verriet. Er hatte die Angewohnheit, laut zu denken, unbekümmert, was andere aus seinen Gedanken sich machten. Als wir ihm eines Tages die neueste Arbeit eines Privatdozenten zeigten, welcher sich ohne weiteres Cyprianoffs Gedanken und Theorien angeeignet hatte, lächelte er nur. Er war davon überzeugt, daß die Menge bedruckten Papiers nur ein Hindernis wäre zwischen den Menschen und der Wissenschaft, in der zukünftigen Gesellschaft würde das lebende Wort das gedruckte in den meisten Fällen ersetzen, da dann auch das Vorrecht des geistigen Eigentums nicht mehr existieren würde. Er meinte, die meisten Bücher würden heute gedruckt, nicht um die Gedanken unter die Menschen zu bringen, sondern um die geistige Urheberschaft und das geistige Eigentum an ihnen dem Verfasser zu sichern. Uebrigens behauptete er, daß die bei weitem meisten Begriffe der Wissenschaft geformt wurden von den Menschen der praktischen Arbeit, die wenigstens im Laboratorium der Wissenschaft selbst entstanden seien. Ich erinnere mich an einen Streit, den Cyprianoff mit einem Biologen ausfocht, der zufällig in unseren Kreis geraten war, er hat sich übrigens später einen bekannten Namen erworben. Er kräuselte verächtlich die Lippen, als er diesen Satz hörte und fragte beleidigt:

— Was haben denn Newtons Gesetze mit der werktätigen, praktischen Arbeit gemein?

— Verehrter Herr! — sagte Cyprianoff — meinen Sie, daß der Begriff des Raumes, die Beobachtung des Raumes, das Raum- und Zeitgefühl von selbst in Newtons Kopfe entstanden sind oder in den Köpfen seiner Eltern und Verwandten? Wenn Sie dieser Meinung sind, dann verdankt er der Welt der praktischen Arbeit allerdings nichts, denn dann ist auch der Begriff der Bewegung auch von selbst in seinem Kopf entstanden. Und Cyprianoff begann ein Weltbild zu entwickeln, in dem der Mensch durch den harten Kampf mit der Natur gezwungen und in gemeinsamer Arbeit diese Begriffe sich eroberte, entwickelte und herauskristallisierte. Man sah sie in seiner Hand entstehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240823-18/fragment/page=0008